

Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Zwölfter Umsetzungsbericht

Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Zwölfter Umsetzungsbericht

Wien, 2021

Impressum

MedieninhaberIn, VerlegerIn und HerausgeberIn:

Bundesministerium für europäische und
internationale Angelegenheiten

Minoritenplatz 8, 1010 Wien

bmeia.gv.at

Koordination: Ges. Mag. Larissa Lassmann,
Leiterin des Referats für internationale Frauenfragen
und menschenrechtliche Querschnittsfragen

Layout: BMEIA

Wien, 2021

Einleitung

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu den Zielen der am 31. Oktober 2000 einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN-SR) verabschiedeten Resolution 1325 (2000) zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit/Women, Peace and Security“ (WPS) und hat am 8. August 2007 den ersten Nationalen Aktionsplan (NAP 1325) mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Resolution beschlossen. Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Annahme der Resolution 1325 wurde eine Überprüfung der nationalen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution beschlossen, deren Ergebnis der am 24. Jänner 2012 angenommene überarbeitete [österreichische Nationale Aktionsplan](#) zur Umsetzung von Resolution 1325 ist. Unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 wurde der [Strategische Ansatz der EU zur Umsetzung der WPS Agenda](#) angenommen, der 2019 durch [EU-Aktionsplan zur WPS-Agenda 2019 – 2024](#) komplettiert wurde.

Zur Weiterentwicklung des Aktionsplans wurde unter Federführung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der Vertreterinnen und Vertreter aller beteiligten Ressorts sowie der Austrian Development Agency (ADA) angehören. Diese Arbeitsgruppe erstellt jährlich einen Umsetzungsbericht.

Der vorliegende zwölfte Umsetzungsbericht der Arbeitsgruppe erfasst den Zeitraum vom 1. Jänner 2020 bis 31. Dezember 2020. Er schließt an den 11. Umsetzungsbericht an, der am 2. September 2020 vom Ministerrat angenommen wurde und bietet einen Überblick über den Stand der Umsetzung des überarbeiteten NAP bzw. über die von den einzelnen Ressorts und der ADA gesetzten Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen.

Im überarbeiteten NAP aus dem Jahr 2012 ist festgehalten, dass im Jahr 2016 unter Einbindung der Zivilgesellschaft eine Überprüfung der Wirksamkeit des Aktionsplans stattfinden wird, wobei die Arbeitsgruppe den Aktionsplan an neue Entwicklungen anpassen und Maßnahmen ändern bzw. ergänzen kann. Seitens des BMEIA wurden die Ressorts sowie relevante Zivilgesellschaftsorganisationen damit befasst. Es hat sich dabei kein unmittelbarer Bedarf für eine Überarbeitung ergeben, jedoch wird die Frage einer weiteren Anpassung des NAPs insb. auch im Lichte der Entwicklungen auf internationaler und europäischer Ebene kontinuierlich weiterverfolgt werden.

Das Jubiläumsjahr 2020, in dem das 20-jährige Bestehen von Resolution 1325 durch eine Vielzahl an Veranstaltungen begangen und eine Evaluierung der bisher geleisteten Umsetzung erfolgen sollte, wurde durch den Ausbruch der COVID-19-Pandemie im März überschattet. Viele der geplanten Aktivitäten konnten nicht oder nicht im ursprünglich

geplanten Rahmen stattfinden und mussten verschoben oder in den virtuellen Raum verlagert werden.

Gleichzeitig zeigten ein [Bericht des VN-Generalsekretärs zum Thema: „The Impact of COVID-19 on Women“](#) bereits im April 2020 und weitere Studien auf, dass Frauen und Mädchen überproportional von den Folgen der COVID-19-Pandemie getroffen worden sind. Auch die Umsetzung der WPS-Agenda ist davon umfasst. Ein konsequenter Einsatz für die Ziele von Resolution 1325 und ihrer Nachfolgeresolutionen ist daher gerade unter diesen Umständen besonders wichtig. Allen Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeit unter besonders herausfordernden Umständen fortgesetzt haben, sei an dieser Stelle herzlich für ihren Einsatz gedankt.

Zur besseren Lesbarkeit wurde dieser Umsetzungsbericht mit den wichtigsten Zielen, Maßnahmen und Indikatoren versehen, die dem [österreichischen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325](#) aus dem Jahr 2012 sowie dem [EU-Aktionsplan zur WPS-Agenda 2019 – 2024](#) entnommen sind. Die bisherige Struktur des Umsetzungsberichtes wurde dabei beibehalten.

Als für den Berichtszeitraum besonders relevant hervorzuheben sind die nahezu vollständige Umsetzung der österreichischen Pledges für die fortgesetzte Umsetzung der WPS-Agenda, die im April 2019 im Rahmen einer hochrangigen Veranstaltung zur Vorbereitung des 20-jährigen Jubiläums von VN-SR Resolution 1325 abgegeben worden waren – einzelne Veranstaltungen mussten aufgrund der COVID-19 Pandemie verschoben werden. Ein weiteres Highlight war die Abhaltung des „Global Women’s Forum for Peace and Humanitarian Action“ im Februar 2020 – unmittelbar vor Ausbruch der Pandemie. Das von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA), gemeinsam mit dem „Women’s Peace and Humanitarian Fund“ (WPHF) und dem „Global Network of Women Peace Builders“ organisierte Forum brachte rund 70 „women peace builders“ aus fragilen und von Konflikten betroffenen Regionen zusammen, die dabei die [„Vienna Declaration 2020“](#) verfassten, in der sie ihre Prioritäten und Forderungen anlässlich des 20-jährigen Bestehens von Resolution 1325 festhielten.

Inhalt

Einleitung	3
1. Aktivitäten in Österreich	7
1.1 Koordination, Monitoring und Berichtslegung	7
BMEIA/ADA	7
1.2 Rekrutierung für internationale Friedensoperationen, Nominierungen für	8
Führungspositionen in internationalen Organisationen und für Wahlbe-	
obachtungen	
BMEIA	9
Bundesministerium für Inneres (BMI)	12
Bundesministerium für Justiz (BMJ)	12
Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV)	13
1.3. Training/Code of Conduct	16
BMEIA/ADA	16
ADA	17
BMI	17
BMLV	17
2. Österreichische Aktivitäten in internationalen und supranationalen ..	21
Organisationen sowie im Rahmen von bilateralen Kontakten	
2.1 Vereinte Nationen	21
BMEIA	22
ÖV Genf	27
BMEIA/BMLV	28
2.2. Europäische Union	29
BMEIA/BMLV	30
2.3. OSZE	31
BMEIA	32
BMEIA/BMLV	32

2.4. NATO/Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat (EAPC)/PfP	33
BMEIA/BMLV	33
ÖV NATO	34
2.5. OECD	35
2.6. Regionale Aktivitäten	36
BMLV	36
ADA	36
2.7. Bilaterale Kontakte	37
BMEIA	39
BMLV	39
3. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit	40
BMEIA/ADA	42
Bundesministerium für Finanzen (BMF)	46

Anhang 1: Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden	47
zur Förderung der Ziele von Resolution 1325 – exemplarische Liste	

1. Aktivitäten in Österreich

1.1 Koordination, Monitoring und Berichtslegung

Ziele:

- die durch Verstärkung des Engagements und die Maßnahmen Österreichs zur Umsetzung der WPS-Agenda auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene

Maßnahmen:

- Sicherstellung der Zusammenarbeit und Koordination bei der Umsetzung der WPS-Agenda mit allen relevanten österreichischen Stakeholdern;

- Proaktive Kommunikation der WPS-Agenda über alle verfügbaren Medien, um das gesellschaftliche Verständnis für WPS-Initiativen und Vorteile bei den EU-Bürgerinnen und -Bürgern zu erweitern.

BMEIA/ADA

- Das BMEIA koordinierte die aus Vertreterinnen und Vertretern des BMEIA, des Bundeskanzleramts (BKA, Sektion Frauen und Gleichstellung), des Bundesministeriums für Inneres (BMI), des Bundesministeriums für Justiz (BMJ), des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) und der Austrian Development Agency (ADA) bestehende Arbeitsgruppe zur Umsetzung bzw. Weiterentwicklung des NAP 1325 unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft.
- Der am 2. September vom Ministerrat angenommene elfte Umsetzungsbericht zum NAP wurde an das Parlament weitergeleitet und auf der Webseite des BMEIA und des BKA veröffentlicht.
- Der elfte Umsetzungsbericht wurde auch an alle österreichischen Botschaften und Vertretungsbehörden sowie alle relevanten Abteilungen des BMEIA mit dem Ersuchen weitergeleitet, die Umsetzung des NAP weiter voranzutreiben und über relevante Projekte und Initiativen zu berichten.
- Das BMEIA veröffentlichte im Berichtszeitraum neun Presseaussendungen mit inhaltlichem Bezug zu Frauenthemen sowie der WPS-Agenda. Weiters gab es 36 Tweets, fünf Instagram Stories und 36 Facebook-Einträge zu relevanten Themenstellungen.

- Die ADA veröffentlichte im Berichtszeitraum 43 Facebook-Einträge, 57 Tweets und neun Instagram-Beiträge bzw. Stories zu Frauenthemen. Die dritte Ausgabe 2020 des Unternehmensmagazins der ADA „Weltnachrichten“ war dem Jubiläum von Resolution 1325 gewidmet und beinhaltet eine Vielzahl an Analysen und Interviews.
- Konkrete Anliegen der Zivilgesellschaft wurden im Berichtszeitraum in erster Linie im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des zwölften Umsetzungsberichts geäußert, in dessen Erstellung die Zivilgesellschaft eingebunden war. Das BMEIA stand dabei in direktem Kontakt mit den Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, folgte deren Einladungen zu Treffen zum Informationsaustausch und war darum bemüht, deren Anliegen so weit wie möglich Rechnung zu tragen.

1.2 Rekrutierung für internationale Friedensoperationen, Nominierungen für Führungspositionen in internationalen Organisationen und für Wahlbeobachtungen

Ziele: Teilhabe

- Stärkung der Führungsrolle und Beteiligung von Frauen in allen Bereichen, die mit Frieden und Sicherheit zu tun haben;
- Stärkung der Partizipation von Frauen an friedensfördernden und konfliktbelegenden Aktivitäten, insb. durch Erhöhung des Anteils von Frauen in Entscheidungspositionen in internationalen und europäischen Organisationen;

Maßnahmen:

Einsatz einer spezifischen Personalpolitik, deren Ziel die Erhöhung des Anteils von Frauen an von Österreich entsandtem Personal ist

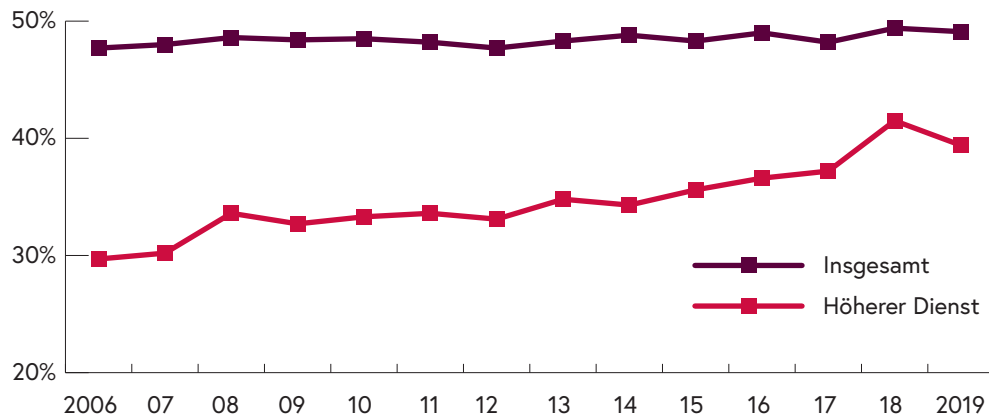
Indikatoren:

Zahl und Verhältnis von Frauen in den Ressorts, insb. Diplomatischer Dienst, österr. Bundesheer, österr. militärisches und ziviles Personal in Friedenseinsätzen sowie Frauenanteil in Wahlbeobachtungen; gesonderte Nennung von Frauen in Führungspositionen

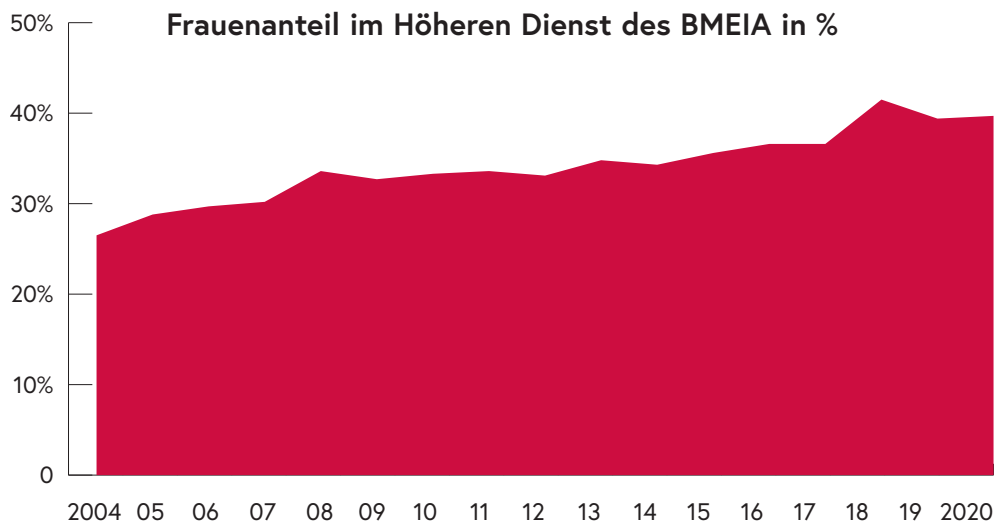
BMEIA

Frauenanteil im BMEIA, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

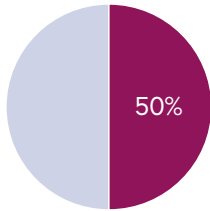
Frauenanteil des BMEIA in %



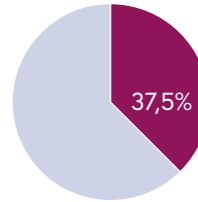
Frauenanteil im Höheren Dienst des BMEIA in %



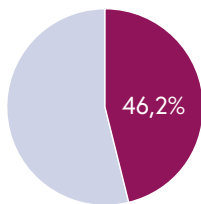
Frauen in Führungspositionen im BMEIA/Zentrale



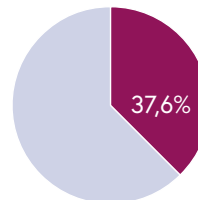
**GeneralsekretärIn,
SektionsleiterIn**



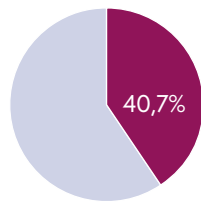
**GruppenleiterIn,
stellvertretende/r
SektionsleiterIn,
LeiterIn des Kabi-
netts des/r BM,
LeiterIn General-
sekretariat**



**AbteilungsleiterIn,
GeneralinspektorIn,
Datenschutz-
beauftragte/r**



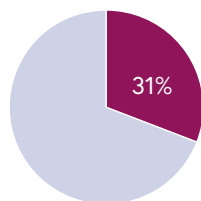
ReferatsleiterIn



Gesamt



Frauen in Führungspositionen im Ausland



Gesamt



- Innerhalb des BMEIA gilt der zuletzt per 1. September 2018 adaptierte Frauenförderungsplan der im Wesentlichen folgende Ziele vorsieht:
 - Mindestens 50 % Anteil weiblicher Bediensteter in allen Besoldungsgruppen, Entlohnungsschemata, Verwendungs- und Entlohnungsgruppen sowie an allen einer jeweiligen Funktionsgruppe zugeordneten Arbeitsplätzen;
 - Anhebung des Frauenanteils in Führungspositionen sowie bei der Vertretung bzw. Entsendung in leitende Positionen in EU-Gremien und Internationalen Organisationen (IO);
 - Gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen in allen Entscheidungsstrukturen, Beratungsgremien, Aufsichtsräten, Beiräten, Kommissionen, Fachgruppen und ähnlichen Arbeitsgruppen;
 - Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern. Konkrete Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils in bestimmten Besoldungs-, Verwendungs- und Entlohnungsgruppen bzw. Entlohnungsschemata bis 2021.

- Als weitere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf innerhalb des BMEIA sind Maßnahmen wie Teilzeit, Telearbeit und Gleitzeit im Inland anzuführen, um die Organisation der Arbeit durch mehr Flexibilität zu fördern. Darüber hinaus unterstützt das „Family Office“ die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im In- und Ausland. Die Arbeitsaufnahme von Familienangehörigen – begleitende Ehegattinnen und Ehegatten bzw. Partnerinnen und Partnern von ins Ausland entsandten Bediensteten – wird möglichst mittels bilateraler Vereinbarungen mit den Gaststaaten laufend unterstützt. Das BMEIA bietet weiters Betreuungsplätze in Betriebskindergärten für Kleinkinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie eine Kinderbetreuung im BMEIA während Teilen der Schulferien an.

Wahlbeobachtungen

- Im Berichtszeitraum 2020 wurden aufgrund der COVID-19-Pandemie von Österreich nur sechs Personen, davon drei Frauen (50 %), für Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Alle sechs nominierten Österreicherinnen und Österreicher hat das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) tatsächlich in die durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt.

- Österreich tritt stets für eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen innerhalb der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ein, insb. in Leitungsfunktionen, im OSZE-Sekretariat, den OSZE-Institutionen sowie in den

OSZE-Feldpräsenzen. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 28 zivile Personen an die OSZE-Feldpräsenzen sekundiert, davon waren zwölf (42,85 %) weiblich.

- Zudem arbeiteten 14 Österreicherinnen und Österreicher, davon acht Frauen (64,28 %), in internationalen Vertragspositionen im Sekretariat der OSZE in Wien und den OSZE-Institutionen. Fünf dieser Frauen waren im OSZE-Sekretariat angestellt, eine arbeitete im ODIHR in Warschau und zwei beim OSZE-Beauftragten für die Freiheit der Medien (RFOM).
- COVID-19 bedingt fanden im Berichtszeitraum nur drei EU-Wahlbeobachtungsmissionen statt, zu denen zwei Frauen (50 %) und zwei Männer als Langzeitwahlbeobachterinnen und -beobachter und eine Frau (100 %) als Kurzzeitbeobachterin entsandt wurden.

Bundesministerium für Inneres (BMI)

- Im Berichtszeitraum waren insgesamt 14 Polizistinnen und Polizisten, davon drei Frauen (21,43 %), in insgesamt vier verschiedenen Krisenmanagementeinsätzen der Europäischen Union (EU) eingesetzt.
- Zur Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) hat das BMI zwei Polizistinnen (100 %) im Beobachtungszeitraum entsandt, die im gesamten Beobachtungszeitraum als Verbindungsbeamtinnen zur kosovarischen Polizei, zur Rechtsstaatlichkeitsmission der EU im Kosovo (EULEX-Kosovo) und zu anderen IO im Einsatzgebiet eingesetzt waren.
- Die Auswahl des eingesetzten Personals erfolgt zur Gänze durch die EU bzw. die Vereinten Nationen (VN). Das bedeutet in der Praxis, dass sich die Polizistinnen und Polizisten im Wege des BMI bei der EU oder den VN in der jeweiligen Mission bewerben. Auf die weitere Personalauswahl dieser beiden IO hat das BMI keinen Einfluss.

Bundesministerium für Justiz (BMJ)

- Mit Stand 31. Dezember 2020 war eine österreichische Richterin im Ruhestand als Richterin am Sondergerichtshof für Residualaufgaben für Sierra Leone tätig. Eine weitere österreichische Richterin war beim Rote-Khmer-Tribunal in Kambodscha als Richterin eingesetzt.
- Überdies war eine österreichische Richterin als nationale Expertin beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) tätig, die unter anderem mit der Prüfung und Bearbeitung von Menschenrechtsbeschwerden, dem Schriftverkehr mit Beschwerdeführern und der Erstellung von Entwürfen für Urteile, Entscheidungen, Protokolle und

Berichte betraut ist. Eine weitere österreichische Richterin absolvierte ein einjähriges Praktikum am EGMR, um durch die Bearbeitung von Individualbeschwerden und die Vorbereitung von Formalentscheidungen die Rechtsprechung des Gerichtshofes näher kennenzulernen.

- Zwei österreichische Richterinnen unternahmen Auslandsdienstreisen zu relevanten Veranstaltungen, nämlich zu einem Event der OSZE am „Minsk Supreme Court“ zum Thema „Promoting Democratization and Human Rights in Belarus“ sowie zu einem Gruppentreffen des Projektes „Residency Status: Strengthening the protection of trafficked persons“ (REST) der Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels in Paris (LEFÖ).

Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV)

- Personal im Auslandseinsatz: Im Berichtszeitraum befanden sich pro Monat durchschnittlich 34 Frauen und 983 Männer des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) im Auslandseinsatz. Der Höchstwert an entsendeten Frauen belief sich im November auf 44. Somit entsprach der Frauenanteil des insgesamt entsendeten Personals im Durchschnitt 3,35 %.
- Erhöhung des Frauenanteils im Auslandseinsatz: Durch die für die Aufbringung verantwortliche Stelle werden laufend die in Frage kommenden Unteroffizierinnen und Offizierinnen persönlich informiert und wird für eine derartige Funktion geworben.
- Erhöhung des Frauenanteils im ÖBH: Im Beobachtungszeitraum wurden folgende Maßnahmen gesetzt, die vor allem der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dienen sollen:
 - Die generelle, bedarfsorientierte Genehmigung und Durchführung einer temporären Kinderbetreuung in fünf Bundesländern an 13 Standorten im Juli und August mit insgesamt 20,5 Gruppen, in denen 466 Kinder betreut wurden;
 - Die Flexibilisierung der Dienstzeit in Form von Gleitzeit ist - abhängig von der Auftragslage - obligatorisch;
 - Das Projekt zur Schaffung eines kontinuierlichen, ganzjährigen Kinderbetreuungsangebotes im ÖBH als familienfreundliches Signal an die Bediensteten wurde aufgrund der COVID-19-Pandemie vorübergehend unterbrochen, wird aber im Jahr 2021 fortgesetzt.

- In Ergänzung dazu wurde im Jänner dem Jägerbataillon 18 durch das BKA die Zertifizierung zum familienfreundlichen Betrieb verliehen. Dieses Projekt wurde mit einer Interessentenerhebung im Herbst 2020 fortgeführt.
- Darüber hinaus wurden folgende Maßnahmen zur generellen Attraktivitätssteigerung des Dienstes für Soldatinnen beim ÖBH gesetzt:
 - Die Veranstaltung von speziellen Schnuppertagen, die jungen Frauen einen Einblick in die Karrieremöglichkeiten beim ÖBH sowie in den Berufsalltag von Soldatinnen und Soldaten bieten sollen. Der einmal im Jahr stattfindende „Girls’ Day“ stellt dabei weiterhin den maßgeblichen Ankerpunkt in den Bemühungen des ÖBH zur Gewinnung von Soldatinnen dar. Aufgrund von COVID-19 und der damit verbundenen Einschränkungen konnte jedoch im Jahr 2020 kein „Girls’ Day“ durchgeführt werden.
 - Aufbauend auf dem „Girls’ Day“ sind jährlich auch mehrtägige Veranstaltungen explizit für Frauen vorgesehen. Pro Jahr sind mehrere Termine für „48h BaonX“ (48 Stunden Bataillon X) in der Dauer von je drei Tagen mit dem Zweck geplant, den Interessentinnen den Alltag von Soldatinnen und Soldaten näherzubringen und eine validere Entscheidung bezüglich einer freiwilligen Meldung für eine Laufbahn als Soldatin zu erreichen. Allerdings konnten auch diese Veranstaltungen aufgrund von COVID-19 und den damit verbundenen Einschränkungen im Jahr 2020 nicht stattfinden.
 - Die Veranstaltung von Schnupper- und Karrieretagen für Frauen und Männer, an denen im Berichtszeitraum 36 interessierte Frauen teilnahmen, sowie die Durchführung von Berufsinformationstagen in den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice (AMS), an denen 22 Frauen teilnahmen (auch hier gab es Einschränkungen aufgrund COVID-19).
 - Die Schaffung und Weiterentwicklung von österreichweiten Kommunikationsplattformen zur Vernetzung und verbesserten Koordinierung von Soldatinnen. Dazu dienten insb. die Jahrestreffen der Absolventinnen der Landesverteidigungsakademie, der Theresianischen Militärakademie sowie der Heeresunteroffiziersakademie. Durch das Aufkommen der COVID-19-Pandemie konnte 2020 kein Absolventinnentreffen stattfinden. Ein Termin für eine Durchführung eines gemeinsamen Treffens aller Militärhochschulen wurde für das erste Quartal 2022 avisiert.
 - Des Weiteren wurden hinsichtlich einer besseren Verankerung des Absolventinnentreffens im ÖBH folgende Schritte gesetzt:

- Darstellung der Wichtigkeit des Absolventinnentreffens bei den verantwortlichen Dienststellen;
- Implementierung eines Speicherschlüssels im Personalsystem für die Teilnahme am Absolventinnentreffen als Personalentwicklungstool;
- Absprachen mit dem Heerespersonalamt, dem Heerespsychologischen Dienst sowie der Steuerungsgruppe Absolventinnentreffen über die weitere Vorgehensweise im Zuge der Wiederaufnahme des Mentorinnenprogrammes;
- Wiederverlautbarung eines adaptierten Erlasses für Absolventinnentreffen auf Basis des Frauenförderungsplans des BMLV/ÖBH.

ADA

- Von den fünfzehn entsandten Fachkräften der ADA sind sechs Frauen (40%). Davon sind vier als Führungskräfte und eine als stellvertretende Büroleiterin beschäftigt.

1.3. Training/Code of Conduct

Ziel: Teilhabe/Gender Mainstreaming

- Verstärkte Beachtung der Zielsetzungen der WPS-Agenda in der Ausbildung für den Einsatz in internationalen Friedensoperationen

Maßnahmen:

- Vermittlung der Inhalte und Ziele der Resolution 1325 und des NAP bei Ausbildung und Training, insb. als Teil der Grundausbildung für österreichische Teilnehmerinnen und Teilnehmer an internationalen Friedensoperationen unter Berücksichtigung der Trainingsstandards von VN, EU und weiterer relevanter Organisationen;

Maßnahmen:

- Laufende Vermittlung internationaler, europäischer und nationaler Verhaltensstandards, insbes. zu Null-Toleranz betreffend Prostitution und sexuellem Missbrauch von Frauen und Mädchen, zwecks Gewaltprävention

- Rasche und effiziente Reaktion bei vermuteten Fällen von Zuwiderhandeln gegen vorliegende Verhaltensstandards und die Null-Toleranz Politik betreffend sexuellen Missbrauch und Prostitution

Indikatoren:

- Zahl und Beschreibung von Ausbildungskursen/Schulungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die WPS-Anteile bzw. Module beinhalten;

- Zahl und Beschreibung der Maßnahmen, um Gender und WPS-Expertise in zivilen, polizeilichen und militärischen Fortbildungsinstitutionen auszubauen und langfristig zu stärken

BMEIA/ADA

- Seminare über „Gender-Mainstreaming“ und internationale Frauenfragen sind Bestandteil des verpflichtend zu absolvierenden Grundausbildungsprogramms für österreichische Diplomatinen und Diplomaten.

- Die Leiterin des Referates „Internationale Frauenfragen und andere menschenrechtliche Querschnittsfragen“ hielt unter anderem Vorträge bei der Jahrestagung für Friede, Sicherheits- und Entwicklungspolitik vom 22.- 24. Jänner, die gemeinsam vom BMEIA, dem BMLV und dem „Austrian Study Centre for Peace and Conflict Resolution“ (ASPR) organisiert wurde sowie im Rahmen eines „UN WOMEN Roundtable“ zu „Frauen, Frieden, Sicherheit – 20 Jahre Sicherheitsratsresolution 1325“ am 27. Jänner. Weiters informierte sie Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Rahmen einer Sitzung der Plattform „Gender und Internationales“ im Dezember unter anderem über laufende Entwicklungen im Bereich von Resolution 1325 in internationalen Foren und nahm am regelmäßigen Austausch der von CARE International organisierten „Gruppe der Freunde der Resolution 1325“ teil.

ADA

- In der ADA wurden Trainingsmaßnahmen zu Resolution 1325 als Schwerpunktthema der Gender- und Programmarbeit 2020 vor allem im Rahmen der Einschulungen neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und insbesondere neuer Leiterinnen und Leiter von Koordinationsbüros (Kobüs) virtuell durchgeführt.
- Bei der Überarbeitung des Code of Conducts wurden die Inhalte der Empfehlung des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Prävention von sexueller Ausbeutung, Missbrauch und sexueller Belästigung explizit berücksichtigt sowie ein Maßnahmenkatalog mit konkreten Zuständigkeiten zur Umsetzung der Empfehlung definiert.

BMI

- Die Inhalte von Resolution 1325 fließen grundsätzlich im Rahmen mehrerer Ausbildungsmodule im Bereich der generellen Vorbereitung für Auslandseinsätze ein. Im Bereich der missionsspezifischen Ausbildung sowie der unmittelbaren Vorbereitung von Polizistinnen und Polizisten auf eine bestimmte Mission wird wiederholt auf die Inhalte von Resolution 1325 eingegangen.
- Im Berichtszeitraum wurden bei den internationalen Einsätzen, an denen sich das BMI mit der Entsendung von Polizistinnen und Polizisten beteiligt, keine Verhaltensstandards durch österreichische Exekutivbedienstete verletzt.

BMLV

- Aufgrund der COVID-19-Pandemie mussten viele Trainingsveranstaltungen abgesagt werden. Ein Umstieg auf Online-Formate wurde möglichst angestrebt, konnte jedoch nicht in allen Trainingsbereichen durchgeführt werden.

- Integration von Resolution 1325 in die allgemeine Ausbildung im BMLV/ÖBH: Die aus Resolution 1325 erschießbaren Ziele werden in bestehenden Lehrveranstaltungen der Ausbildung für Offiziere, Unteroffiziere und Zivilbedienstete thematisiert. Eine durch das BMLV bereits 2011 verfügte Anordnung gibt dabei Vorgaben für die Vermittlung der entsprechenden Inhalte, die ihren Niederschlag in den diesbezüglichen Curricula gefunden hat. Beispielhaft seien die Integration der Thematik in das Modul „Persönlichkeitsbildung“ am Führungslehrgang für Berufsoffiziere an der Theresianischen Militärakademie oder die Vermittlung in Lehrveranstaltungen im Zuge der Ausbildung von Berufsunteroffizieren und Zivilbediensteten an der Heeresunteroffiziersakademie angeführt. Der Schutz und die Rechte von Frauen in internationalen bewaffneten Konflikten werden ebenso in den Lehrveranstaltungen zum Thema „Humanitäres Völkerrecht“ angesprochen. Darüber hinaus werden genderspezifische Aspekte, die in der nationalen Rechtsordnung verankert sind und einen ressortspezifischen Bezug aufweisen, im Rahmen der ressortbezogenen Rechtslehre angesprochen. Auch im Rahmen von speziellen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (z.B. Generalstabsausbildung, Stabslehrgang, Einweisung des militärdiplomatischen Personals) werden Teile von Resolution 1325 gesondert und explizit thematisiert. Hier liegt der Schwerpunkt in einer generellen Sensibilisierung zur Gleichstellung mit der Strategie Gender-Mainstreaming; Resolution 1325 ist dabei ein Teilbereich.
- Spezifische Ausbildungsveranstaltungen im BMLV/ÖBH:
 - Unter Einbindung von internationalen Gender-Expertinnen und -Experten wurde ein spezielles Gender-Ausbildungsmodul „Basics und Gender-Perspektive in militärischen Operationen“ zur Integration der Thematik in die generellen Ausbildungsmaßnahmen für Bedienstete des BMLV entwickelt. Das erarbeitete Ausbildungsmodul wird seit dem Jahr 2012 adäquat in die unterschiedlichen Laufbahn- und Grundausbildungsmaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter integriert. Des Weiteren wurde ein spezielles Gender-Mainstreaming-Einsatzmodul entwickelt, welches flächendeckend im Rahmen der Ausbildungsvorbereitung für Auslandseinsätze zur Anwendung kommt. Für beide Module sind Fernlehrprogramme in der Entwicklungsphase.
 - Im ÖBH gibt es zudem die Möglichkeit, ein vertiefendes zweitägiges Seminarangebot zum Thema „Gleichstellung im Einsatz und im Frieden“ zu absolvieren, welches die Ziele und die Umsetzung von Resolution 1325 explizit zum Thema macht. Dieses Seminar kann von Soldatinnen und Soldaten des Präsenz- und Milizstandes sowie Zivilbediensteten des BMLV besucht werden.
 - Derzeit befindet sich auch ein Pool von Trainerinnen und Trainern zum Thema Gleichstellung im kontinuierlichen Aufbau. Ziel ist, eine größere Verbreitung von fachkundigem Personal innerhalb des Ressorts und des ÖBH mit dem Zweck einer vertiefenden Implementierung der Thematik zu ermöglichen.

- Integration von Resolution 1325 in die Einsatzvorbereitung des ÖBH: Im Rahmen der Einsatzvorbereitung kommen zudem die relevanten Ausbildungsinhalte der „Core Pre-Deployment Training Materials“ der Vereinten Nationen, wie Verhaltensstandards („Code of Conduct“), der Schutz von Kindern, Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und Missbrauch sowie die Gleichstellung der Geschlechter in friedenserhaltenden Operationen zur Anwendung. Im Rahmen der neustrukturierten Einsatzvorbereitung wurde für das Thema Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten mit der Entwicklung eines Fernlehrprogramms begonnen.
- Teilnahme an externen Ausbildungsangeboten:

Der militärpolitische Aspekt von Frauen, Frieden und Sicherheit kommt insb. durch die Einsatzfunktionen des „Gender Advisors“ (GENAD) und „Gender Field Advisors“ (GFA) zum Ausdruck. Diese Funktionen werden in Operationen der Vereinten Nationen (VN), EU und NATO regelmäßig vorgesehen, um die sogenannte „Gender Lens“ (Geschlechterperspektive) in militärische Risikoanalysen, operativen Planungs- und Umsetzungsprozesse und Berichte umfassend einfließen zu lassen. International anerkannte Ausbildungsstätten hierfür sind das renommierte „Swedish Armed Forces International Training Centre“ (SWEDINT) und das „European Security and Defence College“ (ESDC) der EU. Zivile und militärische Bedienstete des BMLV bzw. des ÖBH werden regelmäßig an diesen Ausbildungsstätten ausgebildet. Im Berichtszeitraum haben Bedienstete des BMLV bzw. des ÖBH an folgenden externen Ausbildungsveranstaltungen teilgenommen:

- 18 Bedienstete des BMLV, davon sieben Frauen (39 %), wurden im Zeitraum 2009 bis Ende 2020 im Rahmen des NATO zertifizierten „SWEDINT GENAD/GFA-Kurs“ ausgebildet. Im Jahr 2020 nahm ein Bediensteter des BMLV erfolgreich am „SWEDINT GENAD/GFA-Kurs“ teil.
- Eine Teilnahme an weiteren Gender-Kursen der NATO im Ausland wie dem „SWEDINT Gender Training of Trainers Course“ (GTotT), dem NATO „Gender Training of Trainers Course“ am „Center of Security Cooperation“ (RACVIAC) und dem hochrangigen „Key Leader Seminar on Gender Perspectives in Military Operations“ (SWEDINT) war im Berichtsraum auf Grund der Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie nicht möglich.
- Die regelmäßige Teilnahme an dem ESDC Gender Kurs „A Comprehensive Approach to Gender in EU Missions and Operations“ welcher u.a. eine Voraussetzung für eine Tätigkeit als GENAD in EU Missionen und Operationen im Rahmen der EU Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) darstellt, konnte im Berichtsjahr aufgrund von COVID-19 nicht erfolgen.
- Die weitere Ausbildung von militärischen und zivilen Bediensteten des BMLV zu GENAD sowie zu Trainerinnen und Trainern im Bereich Gender wird fortgesetzt.

- Internationale Ausbildungsangebote des BMLV/ÖBH mit Bezug zu Frauen, Frieden und Sicherheit:
 - Das im Jahr 2012 vom BMLV in Kooperation mit dem BMEIA, dem BMI und dem BKA entwickelte interdisziplinäre VN und EU zertifizierte Ausbildungsprogramm für Führungskräfte in Friedensoperationen zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten auf operativer Ebene („Course on the Protection of Civilians in Armed Conflict“) wird in Kooperation mit dem Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) in Stadtschlaining veranstaltet und findet jährlich zwei Mal statt. Der Schutz von Zivilisten und Frauen, Frieden und Sicherheit sind Querschnittsmaterien, die eng verflochten sind und in Friedensoperationen gemeinsam behandelt werden müssen. Ein Ausbildungsteil des veranstalteten Kurses widmet sich somit explizit der Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zu Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen. Im Berichtszeitraum wurde der Kurs zwei Mal, im Februar und November, durchgeführt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde der Herbstkurs im November erstmals im Online-Format angeboten. Im Rahmen dieses international angebotenen Kurses wurden seit 2012 bis zum Ende des Berichtszeitraumes insgesamt 364 nationale und internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer, davon 106 Frauen (29 %), ausgebildet.
 - Der im Jahr 2017 erstmalig durchgeführte Lehrgang zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten auf taktischer Ebene („Protection of Civilians on Tactical Level Course“) konnte aufgrund der COVID-19-Pandemie im Berichtszeitraum nicht durchgeführt werden.
 - Das BMLV veranstaltet in Kooperation mit dem ÖSFK außerdem zwei Mal jährlich einen internationalen Kurs zur „Security Sector Reform“ (SSR) in Stadtschlaining. Ein Ausbildungsteil dieses angebotenen Kurses widmet sich dabei explizit den Genderaspekten bei der Reformierung des Sicherheitssektors und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zur Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen. 2020 konnte dieser Kurs aufgrund der Maßnahmen rund um COVID-19 nicht durchgeführt werden.
- Code of Conduct / Verhaltensstandards im ÖBH: Das ÖBH verfolgt eine Null-Toleranz-Politik in Bezug auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch im Rahmen von internationalen Einsätzen. Verstöße werden disziplinarrechtlich und strafrechtlich verfolgt. Im Beobachtungszeitraum lagen keine Verstöße gegen die Null-Toleranz-Politik betreffend sexuellen Missbrauchs und Prostitution im Rahmen von internationalen Einsätzen durch das entsendete Personal des ÖBH vor.

2. Österreichische Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie im Rahmen von bilateralen Kontakten

Ziel:

Österreich engagiert sich in allen bilateralen und multilateralen Kontakten für die verstärkte Einbindung von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen und Konfliktprävention, für die Berücksichtigung einer Gender-Perspektive in allen friedensschaffenden Aktivitäten internationaler und regionaler Organisationen sowie für die vermehrte Rekrutierung von Frauen in Entscheidungspositionen in diesen Organisationen und als internationale Vermittlerinnen

Maßnahmen:

Politisches Engagement Österreichs auf internationaler und regionaler Ebene

Indikatoren:

-Zahl und Beschreibung von Veranstaltungen Österreichs im Kontext von multilateralen Organisationen zum Thema;

- Beschreibung von institutionalisierten sowie Ad-hoc-Konsultationen unter österreichischer Leitung und/oder mit Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, einschließlich Frauenorganisationen und Frauenaktivistinnen und -aktivisten;

- Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die zur Formulierung, Umsetzung und Evaluierung von WPS-bezogenen NAPs, Dokumenten oder Politiken in Drittländern beitragen, die von der EU oder mit EU-Unterstützung erstellt wurden.

2.1 Vereinte Nationen

Maßnahmen:

- Lobbying in allen relevanten VN-Gremien und VN-Organisationen für die Umsetzung von Resolution 1325 und die Berücksichtigung und Förderung von

Frauenanliegen; aktive Mitwirkung an den Arbeiten der VN-Frauenstatuskommission (FSK);

- Regelmäßige Berichterstattung Österreichs gegenüber dem VN-SR über seine Bemühungen zur Umsetzung von Resolution 1325;

- Unterstützung der Arbeit von UN WOMEN;

- Lobbying im VN-MRR zur Umsetzung der Resolution 1325

- Beteiligung an „like-minded“- Gruppen zur Stärkung von Frauenrechten

Indikatoren (u.a.):

- Einsatz Österreichs für Berücksichtigung von Frauenanliegen in länderspezifischen und thematischen Resolutionen, u. a. des VN-SR (inkl. Mandate von Friedensoperationen), der VN-Generalversammlung, der FSK und des VN-MRR;

- Beteiligung Österreichs an offenen Debatten des VN-SR zu WPS sowie „sexueller Gewalt in Konflikten“;

- Aktive Beteiligung als Beobachter bzw. Mitglied an der Arbeit des Verwaltungsrats von UN WOMEN; Unterstützung von Projekten von UN WOMEN bzw. Entsendung von AT JPOs;

- Gesetzte Aktivitäten und Maßnahmen, um die Inhalte und Ziele der Resolution 1325 in der Arbeit des MRR zu stärken

BMEIA

- Zur Unterstützung der Arbeit der VN-Entität für die Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen (UN WOMEN) in New York wurde die seit Oktober 2019 tätige österreichische Junior Professional Officer (JPO) im Büro der stellvertretenden UN WOMEN Direktorin für den Berichtszeitraum verlängert.
- Zur Unterstützung der Arbeit des VN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) in Kairo wurde die seit Oktober 2019 tätige österreichische JPO im Regionalbüro für die Arabischen Staaten als Programmanalystin im Bereich der geschlechtsbasierten Gewalt und schädliche Praktiken für den Berichtszeitraum verlängert.
- Am 29. Jänner beteiligte sich Österreich an einer von Deutschland und Großbritannien organisierten Veranstaltung zur freiwilligen Überprüfung der Fortschritte

bei den abgegebenen Selbstverpflichtungen zur Umsetzung von Resolution 1325 anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Resolution. Österreich präsentierte das Zwischenergebnis der Umsetzung der österreichischen Maßnahmen. Am 20. Oktober wiederum berichtete Österreich im Rahmen der Abschlussveranstaltung der freiwilligen Überprüfung über die, trotz der COVID-19-Pandemie, weitgehend erfolgte komplette Umsetzung der österreichischen Maßnahmen:

	Verpflichtung - Status der Umsetzung (Stand Oktober 2020)	Zeitraumen
1	Unterstützung der Tätigkeiten von UN WOMEN, im Besonderen der Umsetzung von Resolution 1325 und der Nachfolgeresolutionen, insbesondere durch die Finanzierung einer Junior Professional Officer (JPO)-Stelle im Büro der stellvertretenden Exekutivdirektorin von UN WOMEN	BMEIA; Herbst 2019 – Herbst 2020
	Status: Implementiert. Finanzierung eines JPO-Postens im Büro der stellvertretenden Exekutivdirektorin von UN Women für den Zeitraum 2019-2020, verlängert um ein Jahr bis Ende 2021.	
2	Finanzierung spezifischer Projekte bis zu 100 000 EUR zur Bekämpfung von (sexueller) Gewalt gegen Frauen im Rahmen der Umsetzung der Resolution 1325.	BMEIA/ADA; April 2019 – Herbst 2020
	Status: Implementiert. Leistung eines österreichischen Kernbeitrages von je 250.000 EUR im Jahr 2019 sowie 2020 an UN WOMEN sowie Leistung eines österreichischen freiwilligen Beitrags in Höhe von 50.000 EUR für die Rechte von indigenen Frauen in Brasilien sowie 50.000 EUR für den VN-Trust Fund zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen. Seit 2019 unterstützt die ADA spezifische Projekte zur Bekämpfung von geschlechtsbasierter Gewalt in von Konflikt betroffenen Ländern und Regionen mit einem Gesamtvolumen von über 8 Millionen EUR:	
3	Investition von 5 Mio. EUR in der Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung im Zeitraum 2019 – 2021.	BMEIA/ADA 2019-2021
	Status: Implementiert: Für die Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung werden seit 2019 sieben Projekte in der Höhe von insgesamt sieben Mio. EUR finanziert:	
4	Aufbauend auf dem österreichischen Beitrag zum „Women’s Peace and Humanitarian Fund“ (WPHF) Unterstützung von Teilhabe, Leadership und Selbstermächtigung von Frauen in Konfliktsituationen und humanitären Krisen und aktive Mitgestaltung der Aktivitäten des WPHF im Wege des „Funding Boards“ und des „Steering Committees.“	BMEIA/ADA 2019-2020
	Status: Implementiert. Seit April 2019 hat Österreich seine Mittel für den WPHF von 2 Mio. EUR auf 6,03 Mio. EUR verdreifacht – insbesondere durch Beiträge zum WPHF Programmen für Afrika, Uganda, und Irak - und sich weiterhin aktiv an dessen Aktivitäten beteiligt.	

5	Weitere Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Resolution 1325 durch Projekt- und Programmfinanzierung	BMEIA/ADA 2019-2020
<p>Status: Implementiert. Seit 2019 wurden zusätzliche Projektverträge mit internationalen und nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Umsetzung von Resolution 1325 mit einem Gesamtprojektvolumen von über 10,5 Millionen EUR abgeschlossen:</p>		
6	Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums von Resolution 1325 im Jahr 2020 plant Österreich die Durchführung des „Wiener Seminars“ in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Friedensinstitut (IPI) mit Fokus auf der WPS-Agenda	BMLV, Juni 2020
<p>Status: Diese Veranstaltung musste aufgrund der COVID-19 Pandemie verschoben werden und wird nach Möglichkeit nachgeholt.</p>		
7	2020 plant Österreich die Durchführung des jährlichen Netzwerktreffens von Soldatinnen mit dem Schwerpunkt auf Resolution 1325.	BMLV, Mai/Juni 2020
<p>Status: Diese Veranstaltung musste aufgrund der COVID-19 Pandemie verschoben werden und wird nach Möglichkeit nachgeholt.</p>		
8	In den Jahren 2019 und 2020 plant Österreich, die Förderung und Ausbildung Resolution 1325 innerhalb des Österreichischen Bundesheeres zu unterstützen, indem hochrangige österreichische Beamte zur Teilnahme am jährlichen „Key Leader Seminar on Gender Perspectives in Military Operations“ am Nordic Centre for Gender in Military Operations nominiert werden.	BMLV, Juni 2019 bis Juni 2020
<p>Status: Diese Veranstaltung musste aufgrund der COVID-19 Pandemie abgesagt werden. Eine kontinuierliche ÖBH Teilnahme am hochrangigen NCGM Gender Kurs wird bereits seit Jahren verfolgt und soll auch in Zukunft erfolgen.</p>		

- Die OEZA organisierte gemeinsam mit dem WPHF und dem „Global Network on Women’s Peacebuilders“ am 19. und 20. Februar eine Konferenz für Vertreterinnen und Vertreter von Frauenorganisationen unter dem Titel: „Global Women’s Forum for Peace & Humanitarian Action: Women Peacebuilders & First Responders Define Key Priorities in 2020 and Beyond“. Die Konferenz war ein Beitrag Österreichs zum 20. Jubiläum von Resolution 1325 und war aufgrund der Teilnahme von 70 Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus 17 Ländern ein erfolgreiches überregionales Forum für die Zivilgesellschaft und Friedensaktivistinnen. Im Rahmen des Forums konnte eine Erklärung der Zivilgesellschaft, die sogenannte „Vienna Declaration“ angenommen werden. Darin finden sich etliche Empfehlungen an die VN und deren Mitgliedsstaaten, wie die WPS-Agenda besser und rascher umgesetzt werden kann. Die Österreichische Ständige Vertretung bei den VN in New York beteiligte sich aktiv an Vorbereitungen des Forums und meldete das Ergebnis der Konferenz als einen Beitrag zur 2020 Überprüfung der VN-Friedenskonsolidierungsstrukturen („UN Peacebuilding Architecture“) an.

- Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen zu der Politischen Erklärung des 25. Jubiläums der vierten Weltfrauenkonferenz (Peking+25), welche im Rahmen der 64. Sitzung der FSK angenommen wurde. Die VN-Mitgliedsstaaten nahmen noch am 9. März die Politische Erklärung an, bevor die restliche Tagung der 64. FSK aufgrund der COVID-19-Pandemie abgesagt werden musste. Damit konnte auch eine Reihe von geplanten österreichischen Veranstaltungen nicht stattfinden. Österreich war EU-Verhandlungsführer bei den Verhandlungen der Resolution zum mehrjährigen Arbeitsprogramm der FSK. Diese Resolution wurde im Konsens angenommen.
- Am 27. April fand im VN-SR die erste offene Debatte zu Jugend, Frieden und Sicherheit (YPS) Agenda virtuell statt. Die YPS-Agenda gilt als wichtige Ergänzung zur WPS-Agenda, da dabei die Rolle von jungen Frauen und der Jugend im Allgemeinen im Kontext von Konflikten behandelt wird. Im Fokus stand die Befassung mit dem ersten mandatierten Bericht des VN-Generalsekretärs (GS) zu YPS-Agenda. Österreich beteiligte sich mittels der EU-Stellungnahme und brachte VN-SR Resolution 2535 (2020) mit ein. Am 9. September fand zudem ein Arria-Formel Treffen des VN-SR zu YPS statt, an welchem sich Österreich mittels einer EU-Stellungnahme beteiligte.
- Am 17. Juli fand im VN-SR eine virtuelle offene Debatte zu sexueller Gewalt in Konflikten statt, welche sich insb. mit Rechenschaftspflichten und Strafverfolgung sowie dem Schutz und Rehabilitierung von Opfern befasste. Die Sondergesandte des VN-GS für sexuelle Gewalt in Konflikten, Pramilla Patten, verurteilte die ausufernde Straflosigkeit bei Tätern sexueller Verbrechen in den untersuchten 19 Konfliktsituationen. In ihrem Bericht fordert sie daher robustere Handlungen der internationalen Gemeinschaft - u.a. Sanktionen des VN-SR bzw. Stärkung der internationalen Strafgerichtsbarkeit. Patten erinnerte daran, dass nur ein Prozent der globalen humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in Maßnahmen fließe, um Opfer sexueller Gewalt zu unterstützen und appellierte an die internationale Gemeinschaft, diese Hilfe zu erhöhen und nachhaltig zu finanzieren. Österreich beteiligte sich an den Stellungnahmen der Freundesgruppe zu Frauen, Frieden und Sicherheit.
- Österreich nahm auch an der virtuellen offenen Debatte des VN-SR zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten am 27. Mai teil und beteiligte sich an dieser neben einer nationalen Stellungnahme auch im Rahmen von Stellungnahmen der EU und der Freundesgruppe zum Schutz von Zivilpersonen. Dabei wurden jeweils insb. die dramatischen Auswirkungen von Konflikten auf Frauen und Mädchen betont.
- Aufgrund der COVID-19-Pandemie fanden etliche Treffen des Netzwerks zu Frauen, Frieden und Sicherheit („Focal Points Network on WPS“) virtuell im Laufe des Jahres statt. Österreich beteiligte sich an diesen virtuellen Treffen.

- Österreich wurde von der Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten (WEOG) als Mitglied für die FSK nominiert und am 14. September für die Periode 2021 – 2025 gewählt. Die österreichische Mitgliedschaft wird mit der 66. Tagung der FSK im März 2022 schlagend. Zuletzt war Österreich 1996 Mitglied der FSK.
- Österreich nahm an der jährlichen Debatte des VN-SR zu Frauen, Frieden und Sicherheit am 29. Oktober unter russischem Vorsitz teil. Thema der virtuellen Debatte war das zwanzigjährige Jubiläum von Resolution 1325. Wie in den Vorjahren stieß die offene Debatte auf reges Interesse der VN-MS. Eine Resolutionsinitiative von Russland scheiterte allerdings an der fehlenden Zustimmung der Mehrheit der VN-SR Mitglieder. Österreich beteiligte sich durch eine nationale Stellungnahme sowie im Rahmen von Stellungnahmen der EU und der Freundesgruppe für Frauen, Frieden und Sicherheit. In der nationalen Stellungnahme schilderte Österreich die Initiativen, die es in Bezug auf Frauen, Frieden und Sicherheit gesetzt hat: Den österreichischen Beitrag zum WPHF, die Unterstützung der Zivilgesellschaft durch die Organisation des Global Women's Forums in Wien im Februar sowie die anhaltenden Bemühungen, die Frauenquote in friedenserhaltenden Operationen zu erhöhen. Österreich appellierte für eine verstärkte Rechenschaftspflicht bei geschlechtsspezifischer Gewalt in Konflikten. Am Rande der jährlichen Debatte organisierte die OEZA am 15. Oktober gemeinsam mit WPHF und der NGO Global Network of Women Peacebuilders (GNWP) eine Nebenveranstaltung zum Thema „Women Peacebuilders and First Responders Define Priorities for Gender-Responsive Peacebuilding and COVID-19 Recovery in 2020 and Beyond“.
- Im Rahmen des 2. Komitees der 75. VN-GV setzte sich Österreich aktiv für die Stärkung der Frauenrechte und Gleichstellung im Rahmen des Verhandlungsprozesses zur Resolution zur „Quadrennial comprehensive policy review of operational activities for development of the United Nations system“, die sich auf die operativen Tätigkeiten des VN-Entwicklungssystems auswirkt, ein. Im humanitären Bereich setzte sich Österreich im Rahmen der EU für die Aufrechterhaltung und Stärkung der starken Sprache zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten ein, insb. bei der Resolution zur Sicherheit von humanitärem Personal und zum Schutz des VN-Personals.
- Im Rahmen des 3. Komitees der 75. VN-GV setzte sich Österreich aktiv für die Stärkung der Frauenrechte im Rahmen der Verhandlungen mehrerer Resolutionen ein. Im Fokus stand dabei einerseits die nationale Resolutionsinitiative zu Menschenrechten in der Rechtspflege - dabei konnte ein zukünftiger Fokus der Resolution auf die Situation von Frauen und Mädchen verankert werden. Zudem unterstützte Österreich die Resolutionsinitiative von Frankreich und den Niederlanden zu Ächtung der Gewalt an Frauen und Mädchen sowie eine spanische Resolutionsinitiative zur Rolle von Frauen bei der Bewältigung der COVID-19-Pandemie. Am Rande des 3. Komitees organisierte Österreich gemeinsam mit Deutschland, Estland, Großbritan-

nien und Litauen am 2. Dezember eine Nebenveranstaltung zur Menschenrechtslage in Belarus. Dabei präsentierte der OSZE-Berichterstatte Prof. Wolfgang Benedek seinen Bericht, in dem er auch auf die geschlechterspezifische Gewalt an friedlichen Demonstrantinnen sowie Journalistinnen und Menschenrechtsverteidigerinnen (MRV) in Belarus hinwies. Österreich thematisierte die geschlechterspezifische Gewalt im Rahmen der friedlichen Proteste in Belarus auch im Rahmen der Stellungnahme beim interaktiven Dialog mit der VN-Sonderberichterstatterin sowie im Rahmen der offenen Debatte des VN-SR zu WPS.

- Österreich beteiligte sich an der hochrangigen Plenardebatte bei der VN-Generalversammlungssondersitzung zur COVID-19-Pandemie und betonte die Notwendigkeit, im Rahmen der Pandemie die „Schattenpandemie“ der geschlechterspezifischen Gewalt im Fokus der Maßnahmen zu behalten.
- Im Rahmen des 5. Komitees der 75. VN-GV unterstützte Österreich im Rahmen der Verhandlungen über die Finanzierung politischer Sondermissionen und friedenserhaltender Operationen die Schaffung bzw. Beibehaltung von häufig umstrittenen Posten im Gender-Bereich.
- Im Rahmen des 6. Komitees der 75. VN-GV setzte sich Österreich insb. im Rahmen der Resolutionsverhandlungen über die strafrechtliche Verantwortung von VN-Bediensteten und Sachverständigen im Auftrag der VN für die Rechte von Frauen ein. Außerdem setzte sich Österreich insb. im Kontext der Terrorismusbekämpfung für die Rechte von Frauen ein.

ÖV Genf

- Österreich hat sich im Rahmen seiner Präsidentschaft der Abrüstungskonferenz in Genf im Berichtszeitraum im Rahmen des 6er Präsidentschaftsteams aktiv für eine geschlechtergerechte Anpassung der Verfahrensregeln der Abrüstungskonferenz eingebracht.
- Österreich hat sich aktiv an den Beratungen zur Umsetzung des Bewertungskriteriums „gender based violence“ im Rahmen des Waffenhandelsvertrages eingebracht.
- Österreich stellte im Berichtszeitraum mit Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger die erst zweite Frau als Präsidentin des VN-MRR. Botschafterin Tichy-Fisslberger setzte sich im Rahmen ihrer Präsidentschaft auch für die verstärkte Teilhabe von Frauen an der Arbeit des MRR ein, u.a. mit der erstmaligen Ernennung einer „Gender Focal Point“ im VN-MRR.

- Als Mitglied des VN-MRR seit 1. Jänner.2019 setzte sich Österreich konsequent für die Aufnahme von Sprache zu Resolution 1325 bzw. für das „Mainstreaming“ von Gender-Aspekten und der Beibehaltung des „Acquis“ sowie starker Sprache in den Verhandlungen des VN-MRR ein. Dies insb. bei länderspezifischen Resolutionen wie Syrien, Jemen, Libyen, der Resolution zu Gewalt gegen Frauen und Resolutionen zu Frauen und Mädchen in Humanitären Situationen sowie anlässlich des 20. Jahrestages von Resolution 1325.
- Österreich beteiligte sich sowohl auf Ebene der Ständigen Vertreterin als auch auf Ebene von Expertinnen und Experten bei den „Gender Champions“.
- Österreich nahm an den regionalen Konsultationen zum Strategischen Arbeitsplan 2022-2025 von UN WOMEN teil und legte einen Fokus auf die WPS-Agenda.
- Die österreichische Ständige Vertreterin eröffnete die Feierlichkeiten zum „International Day of Zero Tolerance for Female Genital Mutilation“.
- Panels bei Side Events der ÖV Genf wurden durchgehend geschlechterparitätisch besetzt.
- Frauenspezifische Sprache wurde in die österreichischen Resolutionen zu Minderheiten und der Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten integriert.
- Österreich setzte sich für die vermehrte Rekrutierung von Frauen im Bereich der Umsetzung des Humanitären Völkerrechts und des Internationalen Flüchtlingsrechts ein.
- Bei den Staatenüberprüfungen im Rahmen der „Universal Periodic Review“ (UPR) legt Österreich einen Fokus auf Empfehlungen zur Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen weltweit. Die ÖV Genf arbeitet dazu eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen und nimmt regelmäßig deren Vorschläge für vorrangige Maßnahmen auf.

BMEIA/BMLV

Erhöhung des Frauenanteils bei VN-geführten Missionen:

- Regelmäßig wird auf Initiative von UN WOMEN der „United Nations Female Military Officers Course“ (FMOC) an unterschiedlichen Kursstandorten organisiert. Der Kurs hat die Ausbildung von Offizierinnen in für Einsätze in friedenserhaltenden Missionen geforderten speziellen Fähigkeiten zum Inhalt. Die Teilnehmerinnen trainieren Kommunikationstechniken, werden in zivil-militärischer Koordination ausgebildet und über die Konsequenzen physischer und psychischer Gewalt gegen Frauen bei friedenserhaltenden Missionen unterrichtet. Dabei wird auch auf sexuelle

Gewalt und operative Beratung zu Frauen, Frieden und Sicherheit eingegangen. Es werden Frühwarnsignale von „conflict-related sexual violence“ erarbeitet und Informationsbeschaffung und -gewinnung trainiert, um Risiken, Bedrohungen und potentielle Verwundbarkeiten zu identifizieren. Das ÖBH entsendet hier regelmäßig Teilnehmerinnen. Im Berichtszeitraum hat eine Soldatin an dem erstmalig virtuellen Kurs „COVID-19 Interim Virtual Female Military Officers Course“ vom 30. November bis 11. Dezember teilgenommen.

- Im Zuge der „Uniformed Gender Parity Strategy“ der VN soll der Frauenanteil in VN-Friedensoperationen kontinuierlich angehoben werden und damit der Frauenanteil in Auslandseinsätzen gefördert werden. Dazu wurden von den VN verpflichtende Quotensätze für nationale Kontingente und für Schlüsselpositionen (Stab- und Militärbeobachter) in den VN-Friedensoperationen eingeführt. Das ÖBH hat hier durch gezielte Ausbildungen von Soldatinnen zu Militärbeobachterinnen reagiert. Vom 2. bis 28. August absolvierte eine ÖBH Soldatin als eine von nun insgesamt drei Soldatinnen den erweiterten Kurs für Militärbeobachterinnen und Militärbeobachter „UN Military Experts on Mission“ am FINCENT in Helsinki/Finnland.
- Im Berichtszeitraum wurden erstmals österreichische Soldatinnen als Militärbeobachterinnen in den Auslandseinsatz zu VN-Friedensoperationen entsendet: Eine Soldatin als Militärbeobachterin bei der „United Nations Truce Supervision Organization“ (UNTSO) und eine Soldatin als Militärbeobachterin bei der „United Nation Mission for the Referendum in Western Sahara“ (MINURSO).

ADA

- Finanziert durch Mittel der ADA unterstützt die OEZA UN WOMEN mit Stand Oktober 2020 für die Umsetzung laufender Projekte und Programmen mit einem Projektvolumen von insgesamt 6.955.506,00 EUR.

2.2. Europäische Union

Maßnahmen:

- Lobbying in EU-Gremien zwecks Umsetzung von Resolution 1325,
- Unterstützung der Umsetzung des EU Strategic Approach zu 1325 sowie des EU Aktionsplans zu WPS 2019-2024;

- Aktive Mitarbeit innerhalb der EU (High) Level Task Force zur Umsetzung von Resolution 1325, der RAG Menschenrechte (COHOM), Ziviles Krisenmanagement (CivCom) sowie Politisch-Militärischen Gruppe (PMG)

Indikatoren:

- Berücksichtigung von Gender-Aspekten bei Vorausmissionen und bei Ausarbeitung von Operationskonzepten und Operationsplänen für GSVP-Missionen;
- Berücksichtigung gender-relevanter Aspekte in laufenden und in Abschlussberichten von GSVP-Missionen; Erhebung von Resolution 1325-relevanten Statistiken;
- Berücksichtigung gender-relevanter Aspekte in GSVP-Ausbildungsprogrammen; Erhöhung des Anteils von Frauen in GSVP-Missionen; Nominierung von Gender-Beauftragten/ Berater/innen in GSVP-Missionen und im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD),
- Unterstützung des Mandats der EAD Adviser for Gender and Diversity;
- Einhaltung klarer Verfahren (Berichterstattung und Sanktionen) bei Missachtung von Gender-Verhaltensregeln (z.B. bei sexueller Belästigung);
- Einhaltung der Verhaltensstandards für Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter im Hinblick auf Resolution 1325;
- Einsatz von Gender- Expertise in den Teams der Wahlbeobachtungsmissionen

BMEIA/BMLV

Politische Ebene:

- Auf EU-Ebene nahm Österreich an der EU-Task Force zur Umsetzung von Resolution 1325 sowohl auf technischer als auch strategischer Ebene aktiv teil. Im Rahmen des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) brachte Österreich kontinuierlich in verschiedensten Bereichen das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit proaktiv ein, organisierte einen „Think Tank Lunch“ im Jänner zu „External Action for Gender Equality“ gemeinsam mit Principal Advisor on Gender des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), Botschafterin Mara Marinaki, und beteiligte sich an der Diskussion zum Thema im Dezember.

Im Rahmen der GSVP der EU setzte sich Österreich dafür ein, dass dem Thema Frauen, Frieden und Sicherheit in allen GSVP-Missionen und -Operationen verstärkte Bedeutung eingeräumt wird. Dazu zählt u.a. die Erhöhung des Frauenanteils in GSVP-Missionen und Operationen, insb. in Führungspositionen, die Integration einer Geschlechterperspektive in Einsatzpläne, Berichte und andere Missions- und Operationsdokumente sowie die Berücksichtigung des Themas in Ausbildungsplänen von GSVP-Missionen und -Operationen mit Mandat zur Ausbildung von Streitkräften, Polizeieinheiten oder Personen aus der öffentlichen Verwaltung.

- Ebenso unterstützt Österreich nachdrücklich die Integration einer Geschlechterperspektive in alle Aktivitäten insb. der zivilen GSVP-Missionen - wie im während des österreichischen Ratsvorsitzes 2018 verabschiedeten Civilian CSDP Compact sowie in den folgenden jährlichen Ratsschlussfolgerungen als strategische Leitlinie vorgesehen.

2.3. OSZE

Maßnahmen:

Lobbying im Rahmen aller drei Dimensionen der OSZE zur Umsetzung von Resolution 1325 unter anderem durch OSZE-Missionen

Indikatoren:

- Unterstützung von spezifischen OSZE-Projekten zur Umsetzung von Resolution 1325;

- Einsatz für erweiterten Informationsaustausch zur Umsetzung der Resolution 1325;

- Präsentationen zur nationalen Umsetzung und von Erfahrungswerten aus diversen Auslandseinsätzen bzw. Missionen;

- Unterstützung allfälliger Initiativen des jeweiligen OSZE-Vorsitzes zur Umsetzung der WPS-Agenda

BMEIA

- Österreich unterstützt weiterhin die Bestrebungen, die Anzahl der hauptamtlichen „Gender Adviser“ (GENAD) an den Feldpräsenzen der Organisation zu erhöhen. Die Berücksichtigung der Zielsetzung von Resolution 1325 ist auch bei der finanziellen Unterstützung von OSZE-Projekten durch Österreich ein Anliegen. Viele der durch Österreich unterstützten OSZE-Projekte verfolgen einen „Gender-Mainstreaming“-Ansatz. Zudem förderte Österreich im Beobachtungszeitraum spezifische Projekte zur verbesserten Umsetzung von Resolution 1325 in der OSZE-Region, u.a. ein Projekt zur Verbesserung der raschen Identifizierung von Fällen von Menschenhandel unter Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen mit Schwerpunkt auf unbegleiteten Minderjährigen und Frauen („Combating Human Trafficking along Mediterranean Migration Routes“) sowie ein Projekt zur Gleichstellung der Geschlechter durch Sensibilisierung und Kapazitätsaufbau, um weibliche Pioniere mit den notwendigen Werkzeugen und Fähigkeiten für innovative und transformative Veränderungen auszurüsten und Netzwerke von Frauen und Männern zur Umsetzung gemeinsamer Initiativen zu umfassenden Sicherheitsfragen zu stärken („WIN for women and men — strengthening comprehensive security through innovating and networking for gender equality“). Im Rahmen der EU unterstützte Österreich die Bemühungen des deutschen Vorsitzes im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) um eine Entscheidung des Ministerrats zur Umsetzung der WPS-Agenda in der OSZE-Region und schloss sich einer Erklärung von 52 teilnehmenden Staaten an.

BMEIA/BMLV

- Im Rahmen des Informationsaustausches zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten hat Österreich so wie in den Vorjahren auch im Berichtsjahr am freiwilligen Informationsaustausch mit Teilnehmerstaaten der OSZE zur Umsetzung von Resolution 1325 teilgenommen. Dabei wurde über die Zielsetzungen und Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans sowie die Erstellung des 11. Umsetzungsberichts informiert. Zum ÖBH wurden spezifischen Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution 1325 bei der Ausbildung und der Einsatzvorbereitungen erwähnt. In diesem Zusammenhang wurden auch die Aktivitäten und das Engagement bei internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen angeführt. Insb. werden hier österreichische Vorschläge im Rahmen der VN, der NATO-Partnerschaft für den Frieden und der OSZE aufgeführt.
- Darüber hinaus übermittelte Österreich auf Anfrage des OSZE „Office for Democratic Institutions and Human Rights“ (ODIHR) einen Bericht zur Umsetzung von Resolution 1325 innerhalb der nationalen Streitkräfte. Eine Zusammenfassung aller nationalen Beiträge soll vor allem bestehende Unterschiede für Frauen und Männer in den Streitkräften der teilnehmenden Staaten der OSZE aufzeigen und bei der Implementierung ihrer Verpflichtungen in den Bereichen Geschlechtergleichstellung sowie Partizipation von Frauen in friedens- und sicherheitsfördernden Aktivitäten unterstützen.

2.4. NATO/Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat (EAPC)/PfP

Maßnahmen:

- Unterstützung von Initiativen im Rahmen des EAPC zur Umsetzung von Resolution 1325 in NATO-geführten Operationen
- Teilnahme am NATO-Komitee zu Gender-Perspektiven (NCGP)

Indikatoren:

- Aktive Teilnahme an den Treffen der Ad hoc-Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Resolution 1325
- Teilnahme an der jährlichen Sitzung des NGCP

BMEIA/BMLV

- Politische Ebene: Das BMLV leistet mit der Bereitstellung eines „Voluntary National Contribution“ (VNC)-Mitarbeiters, der direkt der Sonderbeauftragten für Frauen, Frieden und Sicherheit unterstellt ist, einen Beitrag im Rahmen der Abteilung Menschliche Sicherheit im Internationalen Stab der NATO.
- Berichte an die NATO: Auf Anfrage des NGCP erstellt Österreich Jahresberichte zur Umsetzung von Resolution 1325 innerhalb der nationalen Streitkräfte. Dieser Bericht wird in der Zusammenfassung der nationalen Berichte von NATO Mitglieds- und Partnerstaaten zum NCGP veröffentlicht. Diese Zusammenfassung soll vor allem bestehende Unterschiede für Frauen und Männer in den Streitkräften der NATO Mitglieds- und Partnerstaaten und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und in weiterer Folge „Best Practice“-Beispiele und Fortschritte erkennbar machen.
- Partnerschaftsziel „Gender Perspectives“: Das 2012 im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden angenommene nationale Partnerschaftsziel „Gender Perspectives“ verfolgt mit Unterstützung der NATO eine kontinuierliche Umsetzung der Resolution 1325 im ÖBH, insb. in der Struktur und Ausbildung, sowohl im Friedensbetrieb, als auch im Einsatz. Das Ziel wird weiterhin national verfolgt und umgesetzt.
- Um den internationalen Entwicklungen, insb. in der NATO, Rechnung zu tragen, wurde im Berichtsjahr im BMLV ein neues Referat für „Menschliche Sicherheit“ eingerichtet, welches Angelegenheiten der Menschlichen Sicherheit mit Bezug auf Einsätze

bearbeiten wird. Seitens der NATO wurden jüngst mehrere Schritte gesetzt, um den Themenbereich Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten und andere Themen unter dem übergeordneten Begriff „Human Security“ einzugliedern. Im Referat Menschliche Sicherheit sollen miteinander verbundene und teilweise einander überschneidende Querschnittsmaterien zusammengefasst werden. Das betrifft neben dem Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten unter anderem den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, Menschenhandel aber auch konfliktbezogene sexuelle Gewalt sowie die Berücksichtigung von einsatzrelevanten Genderaspekten als Genderperspektive. Durch diese thematische Zusammenführung soll eine effektive und kohärente Umsetzung der verschiedenen Querschnittsmaterien erreicht werden, sowohl im strategischen Bereich, als auch in der Umsetzung bei Operationen.

Auslandseinsätze:

- In den Jahren 2011 bis 2013 wurden seitens des BMLV GENAD als Beraterinnen und Berater des Kommandanten der Friedensmission „Kosovo Force“ (KFOR) entsendet. Mit Anfang 2015 wurde ein GENAD erneut durch das BMLV entsandt. Vom 25. November 2016 bis 29. Dezember 2017 wurde diese Funktion durch das BMLV besetzt und seit Jänner 2019 wieder vom BMLV übernommen. Seit Jänner 2019 wurde diese Position erneut vom BMLV übernommen und auch im Berichtszeitraum gestellt.
- Auf Anfrage Bosnien und Herzegowinas unterstützt das BMLV seit dem Jahr 2014 durch einen österreichischen Staboffizier das „Peace Support Operations Training Center“ (PSOTC) – ein durch die NATO akkreditiertes Ausbildungszentrum. Der Staboffizier ist als Fachexperte im Bereich der Umsetzung von Resolution 1325 bei der Durchführung diverser NATO- und VN-Kurse eingesetzt. Kursinhalte sind beispielsweise die Bedeutung von Genderfragen beim Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten.

ÖV NATO

- Die ÖV NATO hat sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten als NATO-Partner entsprechend in Aktivitäten rund um Resolution 1325 eingebracht.
- Seit Anfang 2020 publiziert die NATO ein WPS-Bulletin, das dreimal im Jahr erscheint und wichtige Entwicklungen im Rahmen der WPS-Agenda beinhaltet. Die bisherigen Ausgaben fokussierten vor allem auf die Integration von Gender-Perspektiven, die Ausarbeitung und Implementierung der WPS-Agenda im NATO-Kontext, geschlechterspezifische Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und auf die Vorbeugung konfliktbedingter sexueller Gewalt.
- Am 19. Juni nahm die ÖV NATO an einem digitalen Dialog zum Ansatz der NATO zu konfliktbedingter sexueller Gewalt (Conflict-Related Sexual Violence, CRSV) teil. Der Dialog setzte sich zum Ziel, die Wahrnehmung in diesem Bereich zu schärfen, auf

Umfang und Auswirkungen näher einzugehen und neue Erkenntnisse zu präsentieren. Das Teilnehmerfeld umfasste neben NATO-GS Jens Stoltenberg verschiedene Expertinnen und Experten aus IO mit Schwerpunkt CRSV.

- Am 27. Oktober nahm die ÖV NATO am „Big-Tent-Webinar“ zu WPS und Partnerschaftskontributionen zur WPS-Agenda teil. Das Webinar unterstrich die essentielle Rolle der NATO-Partnerschaften zur Umsetzung der strategischen Zielsetzungen im Bereich von Frauen, Frieden und Sicherheit sowie im informellen Austausch zwischen NATO und Partnern zur Förderung von Frauen in allen Ebenen der politischen Entscheidungsprozesse im Bereich Sicherheit und Verteidigung.
- Im Oktober nahm die ÖV NATO an der Erhebung zu Gender und Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) vom NATO-Büro für WPS in Kooperation mit dem NATO „Arms Control, Disarmament and Non-Proliferation Centre“ (ACDC) teil. Die Erhebung ist Teil der umfangreichen Forschungsarbeiten des WPS-Büros und des ACDC zur Integration von Gender-Perspektiven, insb. in Fragen der Strategie- und Politikentwicklung, ihrer Umsetzung und Bewertung sowie im Bereich Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung. Ein Abschlussbericht liegt noch nicht vor.
- Im Rahmen des Treffens der NATO-Verteidigungsministerinnen und –minister am 22. und 23. Oktober nahm NATO-GS Jens Stoltenberg, anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der VN-SR Resolution 1325, einen WPS-Bericht an, der auf die frühe Einbindung der WPS Agenda und von Gender-Perspektiven in NATO-Aktivitäten hinweist und dabei die essentielle Rolle der WPS-Politik für die Integration von WPS-Inhalten betont. Darüber hinaus empfahl der Bericht eine Förderung der Zusammenarbeit im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit mit Partnern und IO, v.a. EU, OSZE und VN.
- Am 5. November nahm die ÖV NATO an einem digitalen Dialog der NATO zu Gender, Desinformation und digitaler Zukunft teil. Auf Anregung Österreichs konnte für das Webinar auch die österreichische Expertin für künstliche Intelligenz, Charlotte Stix, als Vortragende gewonnen werden. Der Austausch hob (versteckte) geschlechter-spezifische Vorurteile gegen Frauen im Technologiesektor hervor und unterstrich Herausforderungen im Zuge diskriminierender Datenerhebungen und Systeme aufgrund von Geschlecht und Ethnizität.

2.5. OECD

- Die OEZA unterstützte im Berichtszeitraum das OECD Development Assistance Committee (DAC) mit einem zweckgebundenen Beitrag von 100.000 EUR für eine Kooperation zwischen dem OECD DAC Gendernet und dem „International Network for Conflict and Fragility“ (INCAF), um die Integration einer Genderperspektive in die

Arbeit der INCAF zur Operationalisierung der OECD DAC Empfehlung zum Nexus Ansatz zu humanitärer Hilfe, Entwicklung und Friedensbildung sicherzustellen und damit zur Umsetzung von Resolution 1325 beizutragen.

2.6 Regionale Aktivitäten

BMLV

- Im Rahmen eines regionalen Kooperationsprojektes OSZE-Armenien im Themenbereich „Security Sector Governance and Reform“ (SSG/R) war eine gender-sensitive Herangehensweise von Beginn an fester Bestandteil der Projektumsetzung. Aufgrund der COVID-19-Pandemie, aber auch aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan in der zweiten Jahreshälfte mussten die geplanten Aktivitäten Großteiles auf 2021 und darüber hinaus verschoben werden.
- Im Rahmen des Entwicklungshilfeprojektes „Humanitarian Assistance in West Africa“, liegt ein thematischer Schwerpunkt auf der Integration von Gender-Aspekten in allen Phasen und Bereichen Humanitärer Hilfe. Das am „Kofi Annan International Peacekeeping Training Center“ (KAIPTC) in Ghana angesiedelte Projekt wird im Sinne eines gesamtstaatlichen Ansatzes vom ÖSFK koordiniert und von der ADA finanziert. Das BMLV stellt den Kursdirektor am KAIPTC und entsendet einen Experten, der die Kursleitung innehat. Die Berücksichtigung einer Genderperspektive wurde bei allen Aktivitäten des Projektes (Grundkurs; Training of Trainers; durch Ausgebildete veranstaltete nationale Kurse) sowie durch eigene Kurseinheiten zum Thema sichergestellt. 40 % der im Rahmen dieses Projektes ausgebildeten zivilen, polizeilichen und militärischen Fachkräfte sind Frauen.

ADA

- Die ADA brachte sich während des gesamten Jubiläumsjahres 2020 aktiv in internationale, nationale und lokale WPS-bezogenen Aktivitäten auf VN und EU Ebene, in Österreich und in den OEZA Partnerländern ein bzw. hat diese aktiv (mit-) organisiert.
 - Das ADA-Koordinationsbüro in Pristina nimmt als Beobachter an den Treffen der Sicherheits- und Gender Group (SGG) teil, die gegründet wurde, um Aktivitäten für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung und Beteiligung von Frauen an der Gestaltung der Sicherheitspolitik im Kosovo zu fördern, zu verbessern und zu koordinieren.
 - In Uganda nahm das ADA-Kobü an einem hochrangigen Treffen zur Abschlussdiskussion zum NAP zu Resolution 1325 teil.

- Das ADA-Büro in Palästina forderte die Berücksichtigung von Gender-Mainstreaming und Frauenförderung im Rahmen des Austausches zwischen den EU MS zur Operationalisierung des Nexus Ansatz zu humanitärer Hilfe, Entwicklung und Friedensbildung ein und vermittelte mit Unterstützung der ADA die Involvierung von OECD Gender- und Konfliktpertinnen und –experten für die Durchführung einer diesbezüglichen hochrangigen EU-internen Konferenz in Jerusalem.
- Die ADA unterstützt insbesondere die internationalen NGOs CARE Österreich und das „Global Network of Women Peacebuilders als strategische Partner mit einem umfassenden Netzwerk an lokalen Partnerorganisationen bei der Beförderung und Umsetzung der WPS-Agenda in OEZA- Partnerländern und Regionen. Von Juni bis August wurde beispielsweise vom GNWP mit Unterstützung Österreichs eine umfangreiche Befragung aller Friedensförderungsinitiativen in Georgien durchgeführt. Die Befragung umfasste mehr als 100 Frauen, darunter Binnenvertriebene, sowie lokale und nationale Behörden und Regierungsvertreterinnen und –vertreter.

2.7. Bilaterale Kontakte

Maßnahmen:

- Lobbying für die Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, insb. bei Friedensverhandlungen, in Kontakten mit und aus relevanten Ländern;
- Regelmäßige Treffen österreichischer Botschaften und Vertretungen, insb. in Krisengebieten, mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft zu Resolution 1325 sowie mit Frauenorganisationen;
- Lobbying für die universelle Ratifizierung von relevanten internationalen völkerrechtlichen Instrumenten (CEDAW, Istanbul-Konvention, Kinderrechtskonvention bzw. ihrer Fakultativprotokolle, Römer Statut etc.) und die Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform.

Indikatoren/mögliche Aktivitäten (praxisorientiert)

- Bei der Terminplanung hochrangiger Besuche: Berücksichtigung von Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft bzw. Frauenorganisationen – insb. in Staaten in Konflikt- und Postkonfliktsituationen und in demokratischer Transition;

- Eigene Veranstaltungen oder finanzielle Unterstützung von Projekten zur Umsetzung der WPS- Agenda;
- Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen und Konferenzen rund um die WPS- Agenda;
- Aufbau eines Netzwerkes mit MRV, Journalistinnen, Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen, Wirtschaftsvertreterinnen sowie weiblichen Regierungs- und Parlamentsmitgliedern etc.;
- Regelmäßige Beteiligung an Initiativen und Koordinierungstreffen der EU- Delegation/Menschenrechtsgruppen vor Ort; Aufbau von Kontakten zu Gender Focal Points der EU-Delegation bzw. innerhalb der GSVP-Missionen und Operationen sowie zu UN WOMEN (falls vorhanden);
- Teilnahme an Netzwerken, die die Selbstermächtigung von Frauen zum Ziel haben („Gender Champions“, „Women Ambassadors“, „Business Women“ etc.);
- Zusammenarbeit mit „youth activists“/Förderung der Arbeit junger Frauen;
- Geschlechterparitätische Besetzung von Panels bei Veranstaltungen der Vertretungsbehörden;
- Aktivitäten rund um den Weltfrauentag am 8. März;
- Beteiligung an der VN-Kampagne „16 Tage gegen Gewalt“ vom 25. November bis 10. Dezember;
- Berücksichtigung von frauenspezifischen Themen im Rahmen von Vorschlägen zu UPR-Überprüfungen des Gastlandes;
- Darstellung dieser Aktivitäten in der Öffentlichkeitsarbeit der Botschaften, Vertretungsbehörden und Kulturforen (Homepage, Twitter, Facebook und andere Social Media, Gastkommentare in lokalen Zeitungen);
- Verfolgung der Situation der Frauenrechte im Empfangsstaat

Kulturforen:

Maßnahmen: Kulturarbeit als Mittel zur Stärkung von Frauenrechten: Frauen in Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft. Durchführung regelmäßiger Veranstaltungen zur Frauenthemen, Berücksichtigung der WPS-Agenda sowie der Arbeit von Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen bei der Organisation von Projekten.

BMEIA

- Im Rahmen ihrer bilateralen Kontakte mit Staaten in Konflikt- und Postkonflikt-situationen setzten sich hochrangige österreichische Vertreterinnen und Vertreter regelmäßig für die Umsetzung von Resolution 1325, einschließlich der Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, ein.
- Die österreichischen Botschaften und Vertretungen setzten im Berichtszeitraum diverse Aktivitäten, einschließlich Treffen mit der Zivilgesellschaft und mit Frauenorganisationen, zur Förderung der Ziele von Resolution 1325. Eine beispielhafte Liste derartiger Aktivitäten liegt diesem Bericht als Anhang 1 bei.
- Österreich setzte sich sowohl im Rahmen von bilateralen Kontakten als auch in relevanten internationalen Foren (z.B. UPR des VN-MRR fortlaufend für die universelle Ratifizierung von relevanten völkerrechtlichen Übereinkommen (z.B. VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW), Kinderrechtskonvention, Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes) ein.

BMLV

- Seitens des BMLV wird im Rahmen von militärdiplomatischen Konsultationen regelmäßig auch die Weiterentwicklung des gemeinsamen Dienstes von Frauen und Männern in den Streitkräften thematisiert. Dabei werden auch die Umsetzung von Resolution 1325 und diesbezüglich erforderliche Umsetzungsaktivitäten mit bilateralen Partnerinnen und Partnern angesprochen.

3. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

Ziele/Maßnahmen:

Partizipation:

- Förderung der politischen Teilhabe von Frauen;
- Stärkung der Repräsentation von Frauen durch Kapazitätenaufbau;
- Förderung und Unterstützung einer stärkeren Einbindung von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen;
- Förderung der Teilhabe von Frauen an friedensbildenden und politischen Entscheidungsfindungsprozessen;
- Trainingsmaßnahmen für weibliche Führungskräfte, z.B. von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, weiblichen lokalen Gemeinderatsmitgliedern;
- Unterstützung von Friedensinitiativen lokaler Frauen und Verbesserung der institutionellen Kapazitäten von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen

Prävention:

- Förderung der Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung über die Rechte von Frauen
- Unterstützung der Teilnahme von Frauen an friedensfördernden Strategien und Maßnahmen sowie an der Konfliktprävention

Schutz:

- Prävention von gender-spezifischer Gewalt und Schutz der Bedürfnisse und Rechte von Frauen und Mädchen im Rahmen von Friedensoperationen, bei humanitären Einsätzen, sowie in Lagern für Flüchtlinge und Binnenvertriebene (IDPs).
- Förderung einer konsequenten Verfolgung von Tätern und Stärkung des Kampfes gegen die Straflosigkeit; technische Unterstützung in Sicherheitssektorreformen und Monitoring Maßnahmen

Schutz, Sicherheit und Menschenrechte:

- Stärkung von wirtschaftlichem Engagement von Frauen, u.a. durch Zugang zu einkommensschaffenden Maßnahmen
- Förderung von Initiativen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
- Förderung des öffentlichen Bewusstseins hinsichtlich sexueller Gewalt gegen Frauen
- Unterstützung von Gender Mainstreaming und Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung von Frauen hinsichtlich ihrer Rechte

Indikatoren:

- Zahl, Anteil und Beschreibung von Projekten, die WPS als Hauptziel haben
- Zahl und Beschreibung von Maßnahmen zur Prävention, sowie Schutz und Unterstützung bei konfliktbezogener sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, inklusive Projekte zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten.
- Anzahl der Maßnahmen zu Konfliktprävention, Mediation, Friedenskonsolidierung, Friedensverhandlungen, Konfliktlösung und Wiederaufbau/Rehabilitation, die u.a. auf Gender-Analysen basierten oder diese nutzten.
- Gesamtausgaben und Anteil der Kooperationsprogramme in den Partnerländern, die für WPS, Geschlechtergleichstellung, Friedenskonsolidierung und Konfliktprävention bereitgestellt werden. Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die an solchen Programmen teilnehmen
- Zahl und Anteil an Projekten der humanitären Hilfe, des Wiederaufbaus und von Kriseninstrumenten, die neben Geschlecht weitere soziale Aspekte, die zu Mehrfachdiskriminierung führen können (z.B. Alter, Behinderungen, ethnische Zugehörigkeit, soziale Herkunft, religiöse Zugehörigkeit, sexuelle Identität etc.), explizit berücksichtigen.
- Zahl und Beschreibung von Projekten, die Frauenrechtsorganisationen im Bereich Wiederaufbau unterstützen
- Zahl und Beschreibung von Maßnahmen, die die schwerwiegenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Frauen und Frauenrechte thematisieren.

- Anzahl und Beschreibung von Veranstaltungen sowie institutionalisierter und Ad-hoc-Konsultationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Aktivistinnen zur Umsetzung des österr. Nationalen Aktionsplans zu WPS, sowie von WPS-Strategien in Drittstaaten.

BMEIA/ADA

- Die OEZA setzt sich auf strategischer Ebene für die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern, für individuelle Selbstbestimmung durch gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben sowie für die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen ein.
- Das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2019 – 2021, das am 19. September 2018 vom Ministerrat angenommen wurde, legt fest, dass die Förderung von Frauen in der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit vorrangig in den Bereichen Gesellschaft, Gesundheit, Schutz in bewaffneten Konflikten, wirtschaftliche Selbstermächtigung, Bildung und Mitsprache im öffentlichen Leben umgesetzt werden soll. Einer der fünf thematischen Schwerpunkte des Programms ist „inklusive Gesellschaften bilden und Frauen fördern“ – was den nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) 5, 10, 16 und 17 entspricht. Dabei gehört zu den obersten Prioritäten, den „EU Gender Action Plan“ umzusetzen und die Rolle von Frauen in Friedensprozessen durch Umsetzung von Resolution 1325 zu stärken.
- In der in Ausarbeitung befindlichen Humanitären Strategie Österreichs wird genderspezifischen Vulnerabilitäten ebenso große Bedeutung beigemessen wie der Rolle von Frauen als Akteurinnen in humanitären Kontexten. Dies gilt auch für den Bereich des Triple Nexus, insbesondere hinsichtlich der Rolle von Frauen in der Friedensdimension des humanitarian, peace and development (HDP)-Nexus.
- In gleichem Maß nimmt der „Strategische Leitfaden Sicherheit und Entwicklung“, der vom Ministerrat am 4. Oktober 2011 angenommen worden war, auf Resolution 1325 Bezug. Die Förderung von Frauen in Konflikt- und Friedensprozessen, vor allem ihre wichtige Rolle bei der Mediation und Transformation von Konflikten ist eines von drei gesamtstaatlich akkordierten thematischen Handlungsfeldern.
- Die OEZA unterstützt daher eine Vielzahl an Initiativen, die durch systematisches „Gender-Mainstreaming“ sowie durch gezielte Maßnahmen zur Selbstermächtigung von Frauen auf struktureller und individueller Ebene als Präventionsmaßnahmen in den Partnerländern zu bewerten sind. Die Umsetzung von Resolution 1325 ist dabei eines der Schwerpunktthemen. Im Jahr 2020 wurden 74,10 % der Programme und Projekte mit einem OECD-Gendermarker 1 oder 2 bewertet., wobei für den Berichtszeitraum noch keine von der OECD validierten Daten vorliegen.

- Folgende OEZA-Projekte tragen besonders zur Umsetzung der Resolution 1325 bei:

Mit dem Beitrag zum WPHF bringt sich Österreich sowohl auf strategischer wie auch operativer Ebene in WPHF Entscheidungsfindungsprozesse zur Förderung von lokalen Frauenrechtsorganisationen und deren Aktivitäten in fragilen bzw. von Konflikt betroffenen Ländern ein. Dies inkludierte im Berichtszeitraum auch die Unterstützung von Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19 Krise im humanitären Bereich - neben der Stärkung von Frauenrechtsgruppen und Projekten zur Entwicklung nationaler Strategien, Finanzierungs- und Kontrollmechanismen für die Operationalisierung der Verpflichtungen im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit sowie die Etablierung von geschlechterspezifischen nationalen und regionalen Konfliktverhütungssystemen. Dafür wurden jeweils zwei Mio. EUR im Irak für den Zeitraum 1. Dezember 2018 bis 31. Dezember 2020 und in Uganda für den Zeitraum 1. November 2019 – 31. Oktober 2021 aufgewendet.

Weiters hat Österreich die Etablierung eines sogenannten „Rapid Response Windows unterstützt“, welches durch unbürokratische und schnelle Mechanismen die nötige Finanzierung zur Bewältigung praktischer Hürden von Frauen im Hinblick auf ihre aktive Beteiligung an Friedensverhandlungen ermöglichen soll. Für diesen Zweck wurden 1.600.000 EUR von 1. Jänner 2020 bis 31. Dezember 2022 aufgewendet. Darüber hinaus wird das Programm des WPHF in Afrika in der Höhe von 430.000 EUR für technische Expertise von 1. Dezember 2019 bis 31. Dezember 2022 gefördert.

- Das GNWP trägt mit OEZA Mitteln und durch die Aufnahme zusätzlicher Regionen und Länder im Rahmen der Projektfinanzierung mit dem Titel „Local Communities build and sustain peace: Strengthening women and youth participation in building sustainable peace in Armenia, Azerbaijan, Georgia, Kenya, Moldova, South Sudan, Uganda and Ukraine“ zur Beförderung der Anerkennung von Frauen als Friedensakteurinnen mit Mitspracherechten in allen Ebenen von Friedensprozessen bei. Zudem sollen sich Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in acht Ländern zur Umsetzung internationaler Vorgaben im Bereich WPS verpflichten. Die Einbindung von Journalistinnen und Journalisten zur Förderung der Frauen, Frieden und Sicherheitsagenda in diesen Ländern soll verbessert werden und die Vernetzung auf lokaler, nationaler, regionaler und überregionaler Ebene erreicht werden, wobei der Einbindung Jugendlicher als Akteure für den Frieden eine zentrale Bedeutung beigemessen wird. Durch das Projekt sollen 890 Personen direkt und mehr als 40.000 indirekt erreicht werden. Das Programm wird im Zeitraum zwischen 1. Oktober 2019 und 30. September 2022 mit einem Beitrag von 1.000.074 EUR unterstützt. Mit dem Projekt „Local, National and Regional Strategies to Improve the Implementation of UNSCR 1325 in Armenia, Azerbaijan, Georgia, Moldova and Ukraine“ unterstützt die ADA ein Vorhaben des GNWP. Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie die jeweiligen Regierungen arbeiten auf nationaler und lokaler Ebene zusammen, um

die Umsetzung von Resolution 1325 und deren Folgeresolutionen in den genannten Ländern voranzutreiben. Für den Zeitraum 2017 – 2019 erfolgte dabei eine Unterstützung von 723.000 EUR. Seit 1. Oktober wird eine weitere Phase dieses Programmes gefördert und geographisch um die Länder Kenia, Uganda und Süd-Sudan erweitert.

- In West- und Norduganda werden durch die strategische Partnerschaft mit CARE Österreich „Resilienz von Frauen und Jugendlichen stärken“ Frauen, Mädchen und Jugendliche gefördert, um wirtschaftlich eigenständig zu sein und weniger gefährdet, Opfer von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt zu werden. Psychosoziale Unterstützung für Überlebende von Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung sowie anwaltschaftliche Arbeit sollen dazu beitragen, relevante internationale, regionale und nationale Rahmenvereinbarungen für den Schutz von Rechten und ein Leben ohne Gewalt für Frauen und Mädchen umzusetzen. Das Programm unterstützt 33.500 Frauen und Mädchen sowie 11.500 Männer und Burschen und 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von nationalen Dienstleistungsanbietern gegen geschlechtsbasierte Gewalt sowie 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von gemeindebasierten Organisationen mit einem Beitrag von 1.900.000 EUR im Zeitraum von 1. April 2019 bis 31. März 2024.
- Mit dem Beitrag zum „Programme to accelerate the implementation of the women’s peace and security agenda for better conflict prevention and peacebuilding in the Sahel region“ von UN WOMEN soll nachhaltiger Frieden durch eine erhöhte Teilnahme von Frauen zur Prävention von und gegen gewalttätigen Extremismus erreicht werden. Das Programm stärkt die Rechte und Führungschancen von Frauen und fördert die Anwendung von gendersensiblen Ansätzen bei der Reform des Sicherheitssektors in vier der G5-Sahel Länder Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad. Die ADA unterstützt das Programm mit einem Beitrag von 1.000.000 EUR im Zeitraum von 1. November 2019 bis 31. Oktober 2021.
- Mit der Unterstützung des Projekts von UN WOMEN „POWER – Women’s Empowerment Program in the Horn of Africa region“ sollen Frauen und Mädchen bei der Inanspruchnahme von Rechten auf qualitativ hochwertige sexuelle, reproduktive Gesundheitsdienstleistungen unterstützt werden, mit einem Fokus auf Flüchtlingscamps und Gastgemeinden in Ostafrika. In der Gambella-Region in Äthiopien sollen 13.600 Frauen und Mädchen sowie deren Familien und in der Region West Nile in Uganda 12.000 jugendliche Mädchen und Frauen im reproduktiven Alter als direkte Zielgruppe erreicht werden. Das Programm wird von 1. November 2019 bis 31. Oktober 2021 mit einem Beitrag von 1.435.281 EUR unterstützt.
- Mit dem Projekt „Further Advancing Women’s Rights in Kosovo“ wurden in Kooperation mit dem „Kosovo Women’s Network“ (KWN) die Rechte und Interessen von Frauen und Mädchen in Kosovo durch Kapazitätsentwick-

lung von zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen und Beamtinnen und Beamten auf nationaler und Gemeindeebene gefördert. Dabei wurde das Bewusstsein von Beamtinnen und Beamten sowie Bürgerinnen und Bürgern zu geschlechterbasierter Gewalt gestärkt und Überlebenden anwaltschaftliche Unterstützung geboten. Für den Zeitraum 1. Jänner 2018 bis 28. Februar 2021 erfolgt dabei eine Unterstützung in Höhe von 500.000 EUR.

- Im Gaza-Streifen in den besetzten palästinensischen Gebieten unterstützt CARE Österreich Frauen durch wirtschaftliche und soziale Maßnahmen bei dem Ziel, sich sowohl in traditionellen wie auch neuen Sektoren selbständig zu machen oder bestehende Unternehmen zu vergrößern. Mit einer ADA Finanzierung in Höhe von 1.737.000 EUR von 1. November 2020 bis 31. Oktober 2023 werden auch begleitende Maßnahmen zur Erhöhung der Vermittelbarkeit von vulnerablen Menschen umgesetzt und anwaltschaftliche Initiativen durchgeführt, um Hindernisse für jugendliches oder weibliches Unternehmertum zu überwinden.
- Durch die Grundfinanzierung der International Crisis Group in Höhe von 250.000 EUR für den Zeitraum 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2022 werden Maßnahmen wie laufend aktualisierte Konfliktanalysen auf Länderebene für ein verbessertes Verständnis aktueller Risiken und zur Prävention von Konflikten sowie die Erarbeitung von Empfehlungen zur Einführung und Anpassung relevanter Politiken und Richtlinien auf Staatenebene im Bereich Konfliktprävention und -sicherung unterstützt. Die Anwendung eines gendersensitiven Ansatzes insbesondere für die Erforschung genderspezifischer Ursachen für Gewaltanwendung und der Vertretung frauenspezifischer Interessen in Friedensverhandlungen sowie weitere konkrete gender- und konflikt-sensitive Publikationen tragen insbesondere im Jubiläumsjahr zur Umsetzung der VN Res 1325 bei.
- Mit dem Beitrag von 2,9 Mio. EUR zum gemeinsamen strategischen Plans des World Food Programmes (WFP) und des UN Flüchtlingswerk (UNHCR) für den Zeitraum 1. Jänner bis 31. Dezember 2022 in Burkina Faso wird die Resilienz vulnerabler Gruppen insbesondere auch von geflüchteten Personen und den aufnehmenden Gemeinden mit einem genderspezifischen Schwerpunkt auf Frauen u.a. mit Nahrungsmittelpaketen und einkommensfördernden Mitteln unterstützt.
- Die Involvierung von Buben und Männern im Kampf gegen Gewaltbereitschaft, Extremismus und für Geschlechtergleichstellung wird durch die Finanzierung eines Programmes von CARE Österreich in der Höhe von 900.000 EUR i, Zeitraum 1. Oktober 2017 bis 31. Dezember 2020 im Westbalkan gefördert. Dabei werden die Bemühungen von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Regierungsstellen bei der Prävention von jugendlicher Gewalt und Hass in den sozialen Medien durch Aufnahme entsprechender Maßnahmen in die Curricula

und gezielte Kampagnen unterstützt und die Kapazitäten von lokalen NGOs in der Region im Hinblick auf Gleichstellungsarbeit, Netzwerkbildung und zur Erreichung eines Wandels im Hinblick auf diskriminierende Normen gestärkt

- Die Erfüllung des OECD DAC Gender Markers 1 war Voraussetzung für die Vergabe einer Förderung von AKF-Mitteln in der Höhe von EUR 13,5 Mio. an österreichische NGOs. Alle diese Projekte entsprechen den Qualitätskriterien eines OECD DAC Gender Marker 1 oder 2. Insgesamt erfüllten rund 30% der von Österreich seit 2020 geförderten Programme internationaler Organisationen die Kriterien des OECD DAC Gender Markers 1 oder 2. Im Rahmen von Austauschtreffen und Donor Support Group Treffen thematisiert Österreich regelmäßig die Wichtigkeit von Gender Mainstreaming und der Stärkung von Mädchen und Frauen in der Umsetzung von Programmen. Internationale Organisationen müssen dementsprechend bei Förderanträgen darlegen, inwiefern ihre Programme den geforderten Genderkomponenten entsprechen. In Zusammenarbeit insbesondere mit UNRWA (UN relief and works agency for palestine refugees in the near east), UNFPA, UNHCR und internationalen NGOs wurden im Berichtszeitraum vor allem Programme im Nahen Osten und in Nordafrika (MENA- Region), aber auch in der Schwarzmeerregion mit einem Volumen von insgesamt über 9 Millionen EUR unterstützt, die insbesondere Maßnahmen zur Prävention von gender-spezifischer Gewalt, zum Schutz der Bedürfnisse und Rechte von Frauen und Mädchen bei humanitären Einsätzen sowie in Lagern für Flüchtlinge und Binnenvertriebene (IDPs) integrierten und umsetzten.

Bundesministerium für Finanzen (BMF)

- Vor dem Hintergrund des strategischen Leitfadens des BMF für IFIs („IFI-Strategie“) unterstützt das BMF eine Vielzahl an Initiativen und Programmen im Bereich der internationalen Finanzinstitutionen (IFIs), die u.a. durch systematisches Gender-Mainstreaming, gezielte Maßnahmen zur Selbstermächtigung von Frauen auf struktureller und individueller Ebene, sowie durch die Fähigkeit Krisen zu begegnen und den Bedürfnissen fragiler Staaten besonders Rechnung zu tragen, spezifisch dem Bereich „Frauen, Frieden, Sicherheit“ zuordenbar sind.
- Durch die International Development Association (IDA), unterstützt das BMF im Beobachtungszeitraum – ebenso wie in den Vorjahren – beispielsweise verstärkt Beiträge und Projekte zur Förderung der Umsetzung von Resolution 1325 sowie zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt an Frauen.
- Die Programme der IDA, einer der wichtigsten Plattformen der internationalen Koordination von öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (EZA), deren Mittel in einem Drei-Jahreszyklus aufgestockt werden, ebnen den Weg zu mehr Gleich-

stellung, Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen, höheren Einkommen und besseren Lebensbedingungen in den ärmsten Ländern der Welt. Das BMF hat im Rahmen der 19. Wiederauffüllungsverhandlungen der IDA-Mittel, die im Dezember 2019 abgeschlossen wurden, einen finanziellen Beitrag i.H.v. EURO 433,81 Millionen zugesichert. Der besondere Schwerpunkt von IDA-19, deren Maßnahmen im Zeitraum 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2023 umgesetzt werden, liegt hierbei auf den fünf Themenbereichen (special themes) 1) Klimawandel, 2) Fragilität, Konflikte und Gewalt, 3) Gender, 4) Governance und Institutionen, sowie 5) Jobs und wirtschaftliche Transformation.

- Generell bemühen sich alle IFIs darum, im Rahmen ihrer Programme Frauen in den Projektländern den Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Krediten und Finanzdienstleistungen zu eröffnen, um durch das ökonomische Empowerment die Voraussetzungen für ein nachhaltiges und inklusives Wachstum und für Armutsreduktion zu schaffen.
- Über die Zielsetzung der Geschlechtergleichheit in Entwicklungsländern hinausgehend bemühen sich die IFIs zusätzlich darum, den Frauenanteil in ihrem Personalstand und hier gerade im höheren Management, in dem Frauen noch stark unterrepräsentiert sind, anzuheben.

Anhang 1: Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden zur Förderung der Ziele von Resolution 1325 – exemplarische Liste

- Um Solidarität mit Opfern von geschlechtsspezifischer Gewalt zu demonstrieren, beteiligte sich das BMEIA erneut an der Kampagne „16 Tage gegen Gewalt“. Im Zeitraum 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, bis 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte, wurde mit fokussierten Initiativen, insb. durch Aktivitäten auf Sozialen Medien, ein breites Publikum für dieses Thema sensibilisiert und auf Hilfsangebote aufmerksam gemacht.
- Weiters beteiligte sich auch eine Reihe von Botschaften und Vertretungsbehörden an der VN-Kampagne „Orange the World: End Violence against Women and Girls“:
- Die ÖB Amman, ÖB Ankara, ÖB Athen, ÖB Berlin, ÖB Bern, ÖB Brüssel, ÖB Budapest, ÖB Buenos Aires, ÖB Chisinau, ÖB Dublin, ÖB Kairo, ÖB Kiew, ÖB London, ÖB Luxemburg, ÖB Manila, ÖB Moskau, ÖB Nairobi, ÖB Neu-Delhi, ÖB Paris, ÖB Prag, ÖB Pristina, ÖB Riyadh, ÖB Sarajewo, ÖB Sofia, ÖB Stockholm, ÖB Teheran, ÖB Tunis, ÖB Tirana, ÖB Warschau beteiligten sich an der Kampagne durch Aktionen auf ihrer Website bzw. via Twitter. Auf Anregung der ÖB Bukarest erfolgte ein gemeinsamer Social-Media-Auftritt von lokalen Botschaften.

- Die ÖB und das KF Berlin veranstalteten am 30. November einen Themenabend. Gleichzeitig zeigte das ÖKF anlässlich der UN-Initiative und im Zuge der neu eingerichteten CINEMATHEK den Film „Una Primavera“ (Ö/D/I). Die Regisseurin begleitet darin ihre Mutter, die sich nach jahrelangen psychischen und physischen Misshandlungen durch ihren Mann von diesem scheiden ließ.
- Die ÖB London facilitierte eine Kontaktaufnahme zwischen britischen und österreichischen Parlamentsabgeordneten im Vorfeld des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen.
- Das KF Madrid organisierte eine Online-Diskussion „Martas Koffer – das Wiedersehen“ („La maleta de Marta – el reencuentro“) zum Thema häusliche Gewalt mit Expertinnen und Experten aus Österreich und Spanien sowie der Spanierin Marta, die einen Mordanschlag ihres Ex-Ehemannes überlebte und seitdem versteckt leben muss. Grundlage für das Projekt war der Dokumentarfilm „Martas Koffer“ (2013) des in Spanien lebenden österreichischen Regisseurs Günther Schwaiger, der die (wahre) Geschichte von Marta dokumentierte. Sieben Jahre nach der vom KF Madrid unterstützten Filmpremiere führte das KF Madrid den Regisseur sowie seine Protagonisten in der Online-Diskussion neuerlich zusammen und ging u.a. der Frage nach, inwieweit sich Opferschutz und Arbeit mit den Tätern verändert haben. Die Online-Diskussion verzeichnete mehr als 8.300 Zuschauer und wurde von einer mehrtägigen Social-Media-Kampagne begleitet. Eine Vertreterin der Botschaft nahm am 25. November an einem Webinar anlässlich des Internationalen Tags für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, organisiert von den Botschaften von CA, MX, UK, SE, teil. Am Panel waren sowohl Vertreterinnen von staatlichen Einrichtungen als auch von NGOs sowie Frauenrechts-Aktivistinnen.
- Die ÖB Pressburg nahm an der Fotokampagne der Initiative „Zastavme násilie na ženách“ („Stoppen wir die Gewalt gegen Frauen“) teil. Auch die online Veranstaltung „Tackling the Shadow Pandemic – Violence Against Women During COVID-19 Times“ des Ban Ki-moon Centre in Wien, wurde von der Botschaft breit beworben.
- Das KF Rom beteiligte sich unter dem Titel „Klappe auf!“ an der Kampagne. Es wurden online sechs Trickfilme gezeigt, die sich dem Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Kontext von unbezahlter oder schlecht bezahlter Arbeit widmen.
- Die Gebäude der ÖB Berlin, ÖB Brasilia, ÖB Chisinau, ÖB Kiew, ÖB Moskau, ÖB Paris, KF Pressburg, ÖB Riyadh, ÖB Sarajewo wurden im Aktionszeitraum orange beleuchtet.
- Flaggen an Botschaft und Residenz wurden von der ÖB Brüssel sowie der ÖB Buenos Aires gehisst.

- Die ADA hat via social media täglich auf die Thematik aufmerksam gemacht und eine Vielzahl an Initiativen aus den OEZA Partnerländern präsentiert.

ÖB Amman

- Am 23. Jänner nahm der österreichische Botschafter an der Konferenz „Women’s Economic Empowerment in Jordan“ teil.
- Am 12. Mai und 24. November nahm eine Vertreterin der ÖB Amman an Sitzungen der „Gender Partner’s Coordination Group“ der „Jordanian National Commission for Women“ teil.
- Am 7. Juli erfolgte eine Teilnahme an der Diskussion „Daring to ask, listen and act: A snapshot of the impacts of COVID-19 on women’s and girls’ rights and sexual and reproductive health“ mit Fokus auf das Flüchtlingslager Za’atari.
- Am 21. Oktober erfolgte eine Teilnahme der ÖB an der hochrangigen virtuellen Konferenz zum 20-jährigen Jubiläum von Resolution 1325.
- Am 4. November erfolgte eine Teilnahme der ÖB am virtuellen hochrangigen Side Event „National Leadership for the Holistic Implementation of UNSCR 1325 in Jordan“, die von UN WOMEN Jordan organisiert wurde.
- Am 9. und 10. Dezember erfolgte eine Teilnahme der ÖB an der virtuellen Konferenz „Human Rights in Jordan in light of the Coronavirus Pandemic“.

ÖB Ankara

- Im Rahmen der UPR-Überprüfung der Türkei im Jänner schlug die Botschaft einen Punkt zu frauenspezifischen Themen vor.
- Die Situation der Frauenrechte in der Türkei wird laufend verfolgt, vor allem auch im Lichte der regelmäßig geäußerten Überlegungen zu einem Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention. In diesem Zusammenhang beteiligte sich die Botschaft im Februar an einer Demarche der EU-Delegation zur Unterstützung der EU- Prioritäten bei der 64. Sitzung der FSK.
- Die Botschaft nimmt an den regelmäßigen Treffen der Menschenrechtsarbeitsgruppe der EU-Delegation teil, bei der auch Frauenthemen diskutiert werden.

- Die Botschaft nahm an folgenden Veranstaltungen teil, die unter dem Aspekt der Selbstermächtigung von Frauen standen:
 - 4. Februar: St. Brigid's Day Networking Frühstück, organisiert von der irischen Botschaft
 - 10. März: New Zealand Embassy International Women's Day
- November: Webinar „Gender Equality Scorecard of Turkey's 81 Provinces and Women's Employment during the COVID-19 Period“.
- 21. Oktober: Im Bereich der Kultur veranstaltete die Botschaft in Kooperation mit dem Architektenverein 1927 eine Online-Konferenz zu Margarete Schütte-Lihotzky, die eine führende Persönlichkeit der Frauenbewegung war.

ÖB Belgrad

- Am 21. Dezember wurde in Kooperation mit UN WOMEN Serbia eine Videokonferenz zum Thema „Judicial Practice in Cases of Domestic Violence“ in Fortsetzung eines Vernetzungstreffens aus dem November 2019 organisiert. Diese soll mit einer Serie von Videokonferenzen fortgesetzt werden.

ÖB Beirut

- Im Oktober gründete die ÖB einen Stammtisch zur humanitären Hilfe, der monatlich zusammenkommt und der Koordinierung der Bemühungen mit Hinblick auf OEZA im Libanon und mit Österreich verbundenen NGOs dienen soll.
- Am 16. November erfolgte ein Arbeitsfrühstück in der österreichischen Residenz für MRV und EU-Botschafterinnen und -Botschafter jener MS, die 2021 im VN-MRR vertreten sind, in Vorbereitung des libanesischen UPR. In der Folge nahm die ÖB an Veranstaltungen zu dem Thema mit der Menschenrechts-Abteilung des libanesischen Außenministeriums teil, insb. betreffend die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen und queeren Personen (LGBTQ)-Personen und den Rechten von Hausangestellten in Vorbereitung des UPR.
- Im Dezember wurden seitens der OEZA 1,5 Mio EUR für UN WOMEN/UNICEF Libanon bereitgestellt.

ÖB Bern

- Regelmäßige Vortragstätigkeiten der österreichischen Botschafterin zu relevanten Themen, u.a. „Dialog im Kirchenfeld“ zum Thema „Diplomacy and Women“;

- Regelmäßige Mitwirkung der österreichischen Botschafterin bei „Women Ambassadors“;
- Verfolgung und Berichterstattung zur Situation der Frauenrechte sowie zu relevanten Entwicklungen.

ÖB Brasilia

- Die ÖB Brasilia war aktiv in der Verteidigung der Frauenrechte und damit in der Umsetzung des NAP 1325 involviert. In Brasilia gibt es einen regelmäßigen Austausch von Botschaften und ausländischen Vertretungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft und Mitgliedern des brasilianischen Nationalkongresses über die Ziele der WPS-Agenda.
- Zu Jahresbeginn wurde einer Gruppe von Botschafterinnen gegründet, die sich in der Folge häufig trafen, um Maßnahmen zur Stärkung der Frauenrechte zu ergreifen.
- Am 5. Februar nahm die Botschaft an der Auftaktveranstaltung des von UN WOMEN Brasilien und der EU-Delegation in Brasilien organisierten Projekts mit dem Titel „Frauen verbinden, Rechte verteidigen“ teil, das darauf abzielte, strategische Partnerschaften zu errichten, um die Synergien im Bereich der Prävention gegen Gewalt gegen MRV in Brasilien zu erhöhen. Das Projekt soll dazu beitragen, ein Netzwerk von MRV in Brasilien aufzubauen, um die Solidarität, Kommunikation und den Schutz vor Diskriminierung und Gewalt zu stärken. Es hat eine Laufzeit von 36 Monaten und stellt 1,5 Mio. EUR bereit.
- Darüber hinaus nahm die österreichische Botschaft an Treffen mit dem brasilianischen Ministerium für Familie, Frauen und Menschenrechte teil, um das Thema Menschenhandel, das hauptsächlich Frauen betrifft, zu erörtern. An diesen Diskussionen nahmen auch Vertreterinnen und Vertreter des Außenministeriums und des Ministeriums für Justiz und öffentliche Sicherheit teil.
- Im Juli veröffentlichte die österreichische Botschafterin den Artikel „Wie Frauen den grünen Übergang vorantreiben können“ in der Zeitschrift „Social Europe“ und betonte, wie wichtig die Energiewende sei, um die globale Erwärmung zu begrenzen und eine nachhaltigere Zukunft aufzubauen. Da viele Länder nach COVID-19 mit einem verbesserten Wiederaufbau beginnen, sollten Strategien zur Energiewende ein Schlüsselement in jedem Konjunkturpaket sein.
- Im September nahm die österreichische Botschafterin an der Eröffnung des internationalen Seminars „20 Jahre Resolution 1325“ teil.

- Im September nahm die österreichische Botschafterin am interkontinentalen offenen Dialog mit dem Privatsektor aus Lateinamerika und Europa teil und veranstaltete gemeinsam mit dem chilenischen Energieministerium den Dialog der Frauenführerinnen.
- Die österreichische Botschaft in Brasília nahm auch an der von der schwedischen Botschaft und UN WOMEN organisierten Veranstaltung „Überblick über die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frauen in Brasilien“ teil, bei der die Auswirkungen von COVID 19 die Hauptanliegen sowie Herausforderungen und Chancen erörtert wurden, teil.
- Im September etablierte sich eine ständige Arbeitsgruppe zwischen Botschaften und UN WOMEN zu Frauenfragen.
- Die österreichische Botschaft in Brasília unterstützte nach Genehmigung durch die Zentrale UN WOMEN in Brasilien mit einem Beitrag von 50.000 EUR. Das Kooperationsabkommen zielte darauf ab, die Beteiligung indigener Frauen an Entscheidungsprozessen zu fördern.
- Im November nahm die österreichische Botschafterin an einer Online-Veranstaltung teil, die von UN WOMEN in Zusammenarbeit mit dem brasilianischen Außenministerium organisiert wurde. Hauptziel war, die Anwendbarkeit des Nationalen Aktionsplans für Frauen, Frieden und Sicherheit, seine Erfolge und Herausforderungen zu reflektieren.
- Durch den 0,7 % -Club erhielt die österreichische Botschaft finanzielle Unterstützung für ein soziales Projekt, das Kindern und Jugendlichen, die weniger privilegiert sind, Karateunterricht bietet, um ihnen Lebensqualität zu geben. Das Projekt unterstützt 69 Jungen und 49 Mädchen.
- Die österreichische Botschafterin veröffentlichte einen Artikel in „Revista VIDI“ zum Thema „Warum müssen wir Frauen im Jahr 2020 stärken?“.

ÖB Brüssel

- Die österreichische Botschafterin ist Mitbegründerin des und aktive Teilnehmerin im „Women Ambassadors“ Network in Brüssel, welches Botschafterinnen aus allen Kontinenten mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft vernetzt. Am 17. Jänner nahm die österreichische Botschafterin an einem WAN-Treffen mit der belgischen Premierministerin Sophie Wilmès teil.

- Am 29. Jänner nahm die österreichische Botschafterin an der durch die Arbeiterkammer (AK) veranstalteten „Feminist Lunch Debate“ in Anwesenheit von AK-Präsidentin Renate Anderl zu Themen wie „Anteil von Frauen in Aufsichtsräten“ teil.
- Am 4. Februar nahm die österreichische Botschafterin an dem von der irischen Botschaft in Brüssel veranstalteten „St. Brigid’s Day“-Event zur Kreativität von belgischen und irischen Frauen in Unternehmertum und Design teil.
- Am 6. März nahm die österreichische Botschafterin anlässlich des internationalen Frauentags an einer Podiumsdiskussion über Frauenrechte, Vielfalt und Bekämpfung von Diskriminierung als Prioritäten der belgischen Außenpolitik auf Einladung des belgischen Außen- und Verteidigungsministers Philippe Goffin teil.
- Am 16. November nahm die österreichische Botschafterin an einem Webinar der irischen Botschafterin über irische Frauen in Leitungspositionen in den Bereichen Frieden, Sicherheit und Diplomatie teil.
- Am 15. Dezember erfolgte auf Einladung der österreichischen Botschafterin ein Austausch mit Botschafterinnen und Botschaftern des diplomatischen Corps Brüssel und der für bilaterale Angelegenheiten zuständigen Generaldirektorin des belgischen Außenministeriums u.a. über Frauenrechte und die Berücksichtigung der Ausgewogenheit von Geschlechtern in der neuen belgischen Regierung im Rahmen eines virtuellen Mittagessens.

KF Brüssel

- Ab 15. Juni Videobeitrag „Hug u later“ der persisch-österreichischen Künstlerin Maryam Mohammadi. Im Rahmen des „Artist in Isolation-Projekts“ der Kunsthalle Graz wurden Künstlerinnen und Künstler eingeladen, ihre Lebensumstände in Zeiten der COVID-19-Pandemie und die daraus entstandene Isolation in Form von Videobeiträgen zu verarbeiten. Maryam Mohammadi wurde bei ihrem Video „Hug_u_later“ von ihrem eigenen Schicksal als in Österreich lebende Iranerin inspiriert.
- Vom 28. Mai bis 31. Juli erfolgte die Online-Kurzfilmvorführung „Das Stundenglas“ von Dieter Michael Grohmann, die von den Erinnerungen einer alten Dame an ihr Überleben im Zweiten Weltkrieg handelt. Der Film greift das Thema des Alterns und der Verarbeitung lebenslanger psychischer Verletzungen auf.
- Ab 16. September ging die Ausstellung „Lange Schatten“ von Sigrid Sandker online. Das Projekt ist ein Versuch, das Entsetzen über die im eigenen Land stattgefundenen Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs gegenständlich zu machen, aufzuarbeiten und

das empfundene Gefühl der Schuld mit einem Bewusstsein der eigenen Verantwortung für aktuelle menschenfeindliche Tendenzen in Gesellschaft und Politik zu verbinden.

- Am 14. Oktober fand die Lesung „Zyklus V“ sowie ein Künstlergespräch mit Cornelia Hülbauer im Rahmen des „Transpoesie Festivals“ online statt.
- Vom 18. Oktober bis 21. Februar 2021 fand die Ausstellung „Plant Fever“ mit Beiträgen von Alexandra Fruhstorfer („Menu from the new wild“) und Markus Jeschaunig („Oase No 8“) in Grand Hornu bei Mons statt. Thema der Ausstellung ist, die Zukunft des Designs aus einer neuen pflanzlichen Perspektive zu betrachten und von einem menschenzentrierten zu einem phytozentrierten Design überzugehen.
- Am 24. Oktober erfolgte die Filmvorführung „Gli Appunti di Anna Azzorri“ von Constanze Ruhm in Brüssel. Der Film hinterfragt den Platz von Frauen und ihre Kämpfe in einer Welt, die von Diskriminierungen geprägt ist.
- Am 30. Oktober fand die Tanzperformance „AWOL – Absent without Leave“ von Malikha Fankha in Kortrijk statt. Die Künstlerin hinterfragt stereotype Normvorstellungen in Bezug auf Geschlecht, sozialen Status und Zugehörigkeit und verwischt die Grenzen zwischen Traum und Realität.
- Am 24. November fand die Online-Lesung „Kosovarische Korrekturen“ von Marlen Schachinger mit der Universität Antwerpen statt. Dreißig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und zehn Jahre nach der Staatsgründung fragt die Autorin als „Writer in Residence“ im Kosovo nach und berichtet über ihre Erfahrungen.

ÖB Budapest

- Die österreichische Botschafterin war Mitglied des „Women’s Ambassadors“ Netzwerks.

ÖB Buenos Aires

- Im Mai hielt der österreichische Botschafter einen Vortrag in Österreich vor dem „University Women’s Club“. Dabei wurden die historischen, rechtlichen, politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen zum Thema referiert und auch über „best practices“ im Berufsleben diskutiert.
- Im Juni/Juli wurde ein Netzwerk mit der Zivilgesellschaft und mit IO im Rahmen des Hedy Lamarr-Dokumentationsfilms aufgebaut. Weiters erfolgte die Teilnahme an Veranstaltungen von „Mujeres en Igualdad“ („gleichberechtigte Frauen“), „Abuelas de la

Plaza de Mayo" (Großmütter der Desaparecidos/Verschwundenen) über Intercultural Achievement Award.

- Im März nahm ein Vertreter der ÖB an einem Frühstück der irischen Botschaft für Frauen in Politik, Wirtschaft und Diplomatie anlässlich des internationalen Frauentags teil.
- Im August nahm ein Vertreter der ÖB an einem Briefing zur Kandidatur der Argentinierin Marisa Herrera für das Komitee für die Beseitigung der Diskriminierung der Frauen (CEDAW-Komitee) teil.
- Ein Vertreter der ÖB nahm aktiv am EU-Menschenrechtsdialog mit Argentinien, das einen speziellen Fokus auf Frauen- und Gender-Fragen legte, sowie an den regelmäßigen Demarchen zu Gender-Themen im VN-MRR teil.
- Im Juli wurde im Rahmen der Kulturarbeit ein kostenfreies Streaming des Dokumentarfilms zu Hedy Lamarr für vier Wochen bereitgestellt.
- Im November erfolgte die Teilnahme der ÖB am EU-Filmfestival zum Thema „Gender“ mit dem österreichischen Film „Erik & Erika“.

ÖB Bukarest

- Am 7. März nahm die österreichische Botschafterin an einer Konferenz zum Thema „Romania and Europe in feminine mode, the importance of women’s leadership in politics and business“ teil.
- Am 21. Oktober und 10. Dezember nahm ein Vertreter der ÖB an den Videokonferenzen „Combating Human Trafficking“ und „Together Against Human Trafficking“ teil.
- Die ÖB bringt sich regelmäßig in die Arbeitsgruppe gegen Gewalt an Frauen ein, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Botschaften sowie aus zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammensetzt.
- Die ÖB steht im Rahmen ihrer Tätigkeiten in ständigem Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in den Bereichen Frauenrechte, Menschenhandel, Minderheiten bzw. besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen wie Roma tätig sind und sich im Rahmen ihrer Arbeit gegen Gewalt an Frauen und für ihre Gleichstellung einsetzen.

ÖB Chisinau

- Die österreichische Botschafterin nahm an Vernetzungstreffen der weiblichen Botschafterinnen in der Republik Moldau teil.
- Am 2. Dezember erfolgte ein Informationsaustausch mit UN WOMEN Moldau zu allfälligen Kooperationsmöglichkeiten.

Folgende Maßnahmen wurden im Bereich der OEZA gesetzt:

- Neue OEZA-Strategie 2021 – 2027 für die OEZA-Schwerpunktländer der Östlichen Partnerschaft (Armenien, Georgien, Moldau): Unterstützung für Geschlechtergleichstellung und die Stärkung von Frauen und Mädchen in allen Umsetzungsbereichen der Strategie;
- OEZA-Projekt „Aktive JungwählerInnen für eine starke Zivilgesellschaft in Moldau“ mit dem Hilfswerk Austria als Partner; Zeitraum: 1. September 2018 bis 31. August 2021; Betrag: 234.000 EUR. Inhalt: Junge Wählerinnen und Wähler in 24 Gemeinden in Moldau sollen aktiv an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und der Dialog zwischen politischen Entscheidungsträgerinnen und –trägern und Erstwählerinnen und –wählern gefördert werden.
- OEZA-Projekt: „YES – Youth Empowerment for Sustainable Development“ mit dem Concordia-Verein für Sozialprojekte; Zeitraum 1. Oktober 2018 bis 30. Juni 2021; Betrag: 186.700 EUR. Inhalt: Sozioökonomische Inklusion von jungen Care Leavers;
- OEZA-Projekt: „Digital Skills for Employment in the Modern Economy“; Partner: Bildungszentrum Pro Didactica; Zeitraum: 1. Dezember 2018 bis 30. November 2021; Betrag 621.000 EUR. Inhalt: Erhöhung der Anzahl von Jungen und Mädchen, die entsprechende Fähigkeiten bei der Berufsausbildung erwerben, um eine Anstellung zu finden und ihr eigenes Unternehmen aufzubauen;
- OEZA-Projekt: „COVID-19 Response and Recovery Window des Moldova 2030 Sustainable Development Goal (SDG)s Partnership Funds“ Partner: UNDP, International Labor Organization (ILO) und UN WOMEN; Zeitraum: 15. Februar 2019 – 31. Dezember 2022; Betrag: 300.000 EUR. Ein Schwerpunkt des Projekts sind Migrantinnen, die infolge der COVID-19-Pandemie in die Republik Moldau zurückgekehrt sind; die gesetzten Maßnahmen sollen dazu beitragen, diese Frauen besser in den lokalen Arbeitsmarkt zu integrieren.
- OEZA-Projekt: „Develop Life Skills and Healthy Behaviour of Students in Vocational Education and Training for their Development and Job Readiness“; Partner: UNFPA; Zeitraum: 1. Dezember 2019 – 30. November 2022; Betrag: Euro 637.390

EUR. Der Schwerpunkt liegt insb. auf weiblichen Berufsschülerinnen, die ein sicheres und gesundes Verhalten erlernen sollen, um so in Zukunft im Rahmen ihrer Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein.

ÖB Den Haag

- Die ÖB organisierte am 26. Februar gemeinsam mit dem „Women in International Law (WIL) Network“ und der „International Development Law Organization“ (IDLO) eine Veranstaltung zum Thema „Women and Peace and Security at Twenty“ anlässlich des 20. Jubiläums von Resolution 1325 und des Weltfrauentags. Nach einer Eröffnungsrrede der Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Fatou Bensouda, folgte eine Podiumsdiskussion zum Thema „20 years UNSCR 1325 – achievements, challenges and the way forward“. Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch das Buch „Women as Drivers for Peace – UN Security Council Resolution 1325 + 20“ präsentiert.
- Als Nebenveranstaltung zur 19. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs fand am 8. Dezember eine von der „Women’s Initiatives for Gender Justice und Open Society Justice“ organisierte und von Österreich und den Niederlanden unterstützte virtuelle Veranstaltung zum Thema „Addressing sexual harassment in international organizations - Best practices from Human Rights Organizations for the ICC Elections“ statt.
- Zum Weltfrauentag 2020 veranstaltete „National Institutes for Culture“ (EUNIC) Niederlande NL eine Debatte zum Thema „Women in Science“, an der die österreichische Künstlerin Sonja Bäumel, die an der Schnittschnelle von Kunst und Mikrobiologie arbeitet, teilnahm.

ÖB Dublin

- Die englische Fassung des Hörbuchs „Deine, Lise“ (Yours, Lise: Letters from the Exile of Lise Meitner, Physicist) wurde gemeinsam mit den KF New York, KF Washington und KF London veröffentlicht. Das Hörbuch wurde vom österreichischen Künstler Stefan Frankenberger initiiert und umgesetzt und handelt von der österreichischen Kernphysikerin Lise Meitner.
- Der Film „The Trouble with Being Born“ der Österreicherin Sandra Wollner wurde beim 65. Cork International Film Festival (CIFF) 2020 vorgeführt.

ÖB Helsinki

- Am 4. Februar nahm die ÖB am Strategischen Planungsworkshop von UN WOMEN mit den wichtigsten Geberländern teil: Dieser erste Round-Table zielte darauf ab,

zum zehnjährigen Bestehen von UN WOMEN einen offenen Dialog mit den größten Gebern zur künftigen strategischen Ausrichtung anzustoßen. Potenzial besteht u.a. im Ausbau von „Joint Programming“, der Schaffung von „Policy Hubs“ und einer Dezentralisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Umsetzung der „Action Coalitions“, das Erschließen neuer Finanzierungsmodelle, die Stärkung der Kernbeiträge und die Verbreiterung der Geberbasis wurden als größte Herausforderungen identifiziert.

- Am 5. März nahm die ÖB an einer Veranstaltung zum 20. Jahrestag der Annahme von Resolution 1325, die federführend von Kanada, organisiert wurde, teil.

ÖB Heiliger Stuhl

- Anlässlich des Int. Frauentags nahm die österreichische Botschafterin am 3. März in Rom an der von der Weltunion der Katholischen Frauenverbände (WUCWO) und dem Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog organisierten Konferenz „Women Makers of Human Fraternity“ teil.

ÖB Jakarta

- Die österreichische Botschafterin nahm aktiv am „Women Ambassadors Network“ in Jakarta teil. Dieses vernetzt Botschafterinnen aus allen Kontinenten mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft.
- Über das Jahr hindurch wurden mehrere Facebook-Einträge gegen Gewalt an Frauen und für Gleichberechtigung auf der Seite der ÖB Jakarta veröffentlicht.
- Intensiver Austausch mit UN WOMEN, UNFPA und UNICEF, u.a. im Bereich weibliche Genitalverstümmelung.

ÖB Kairo

- Am 17. Jänner organisierte die ÖB ein „Charity Event“ mit 122 Personen zugunsten einer Berufsschule für blinde Mädchen in Ägypten und damit zur Förderung der Arbeit junger Frauen in Ägypten.
- Vom 2. bis 9. März fand in Kairo unter Leitung der Radiojournalistin Carolin Vonbank ein feministisch orientierter Radiojournalismusworkshop zum Thema „Ich als Frau in Ägypten 2020“ statt.
- Am 10. März fand anlässlich des Internationalen Weltfrauentags eine Diskussionsveranstaltung des KF Kairo zum Thema Gleichberechtigung mit ägyptischen Studentinnen in Kairo statt.

- Am 5. August konzertierten die Sängerinnen Lylit aka Eva Klampfer und Nouran Abu Taleb im Rahmen eines digitalen crosscultural Musikprojekts des KF Kairo.
- Am 30. September fand am „Syndicate of Visual Arts“ in Kairo eine Ausstellung und Online Art Talk der feministischen Künstlerin Barbara Philipp unter dem Titel „Knockdown Diary“ statt. Die Werke der Künstlerin kamen in Folge auch an der „6th October University“ in Kairo zum Einsatz.
- Im Zeitraum September bis Dezember wurden arabischsprachige Youtube-Literaturvideoclips mit den Autorinnen Milena Michiko Flasar, Friederike Gösweiner, Laura Freudenthaler und A.T. Schmidt erstellt.
- Ebenfalls im Zeitraum September bis Dezember wurden drei arabischsprachige Hörbücher mit übersetzten Werken der folgenden Autorinnen erarbeitet: Friederike Gösweiner („Traurige Freiheit“), Laura Freudenthaler („Geistergeschichte“) und A.T. Schmidt („Zeitverschiebung“).
- Am 13. November kam das „Tricky Women/Tricky Realities“ - Festival mit Schwerpunkt auf dem Animationsfilm von Frauen im Rahmen des ägyptischen Animationsfilmfestivals „animatex“ zum Einsatz.

KF Kiev

- Das KF Kiev gestaltete einen Frauenschwerpunkt „Kalliope Austria“, der sich COVID-19 bedingt auf zwei Formate konzentrierte:
 - Wöchentliches Portrait einer bekannten österreichischen Frau aus den Bereichen Kunst/Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft auf der Facebook Page des KF.
 - 11 Ausgaben der in Eigenregie produzierten Sendung „KulturCafé“ mit Vertreterinnen der österreichischen und ukrainischen Kunst- und Kulturszene.

ÖB Kopenhagen

Dänemark:

- Am 30. Jänner wurde der Film „Born in Evin“ der deutsch-iranischen Filmemacherin Maryam Zaree in der Cinemateket in Kopenhagen im Rahmen des Filmfestivals „Docs & Talks“ vorgeführt.
- Vom 11. Jänner bis 23. Februar wurde die Ausstellung „the time is now“ – inklusive eines Vortrages der österreichischen Künstlerin und Filmemacherin Heidrun Holz-

feind über das schamanische Improvisationsduo IRO (Toshio und Shizuko Orimo) im Rahmen der Ausstellung „Arkadisk Frederiksberg“ gezeigt.

- Am 19. Juni erfolgte ein Besuch des „International Rehabilitation Council for Torture Survivors (IRCT)“ in Kopenhagen sowie ein Gespräch mit Lisa Henry, GS.
- Am 15. Juni nahm die österreichische Botschafterin an einer Diskussionsveranstaltung mit der Direktorin der „Chart Art Fair“, einer Galerie, die nur weibliche Künstlerinnen ausstellt, Nanna Hjortenberg teil.
- Von 24. bis 30. August wurde der Animationsfilm „In her boots“ der österreichischen Filmemacherin Kathrin Steinbacher beim „Odense International Film Festival (OFF)“ gezeigt.
- Am 21. September erfolgte ein Besuch des „Frauenhauses Danner“ durch die österreichische Botschafterin samt Gespräch mit der Direktorin Lisbeth Jessen.
- Am 23. September erfolgte eine Teilnahme der österreichischen Botschafterin an einer Diskussion mit Charlotte Slente, GS der „Dänischen Flüchtlingshilfe“ zu Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik.
- Von 14. September bis 13. Oktober wurde die Wanderausstellung „Die unbekanntenen Europäer“ von Kurt Kaindl an der Universität Aalborg gezeigt.
- Am 25. Oktober wurde ein Konzert des „Gunnar Berg Ensemble Salzburg“ (Alexandra Lambert Raschké, Ahran Kim und Yvonne Zehner) in Frederiksberg gespielt.
- Am 29. Oktober wurde das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse an Prof. Dr. Helen Liesl Krag, emeritierte a.o. Univ.-Professorin der Universität Kopenhagen, Schriftstellerin und zertifizierte Psychotherapeutin, durch Bundesministerin für EU und Verfassung, Karoline Edtstadler, verliehen.
- Von 1. bis 15. Dezember fanden online-Konzerte des NASOM-Ensembles „Trio Artio“ (Judith Fliedl, Christine Roider und Johanna Estermann) statt.

Island

- Von 22. August bis 1. Oktober fanden Konzerte der österreichischen Jazzpianistin Alexandra Ivanova im Rahmen des „Reykjavik Jazz Festival 2020“, im Kulturhaus „Mengi Reykjavik“ sowie im „Kaffi Bjarmanes“ in Skagaströnd, Island statt.

- Von 24. September bis 4. Oktober fanden Filmvorführungen von „Wood: Game-Changers Undercover“ unter der Regie von Michaela Kirst, Monica Lăzurean-Gorgan und Ebba Sinzinger sowie „Epicentro“ unter der Regie von Hubert Sauber im Rahmen des „Reykjavík International Film Festival“ statt.

ÖB London

- Die ÖB nahm regelmäßig an Veranstaltungen zu Resolution 1325 teil und tauschte sich mit Mitgliedern des Parlaments zu Aktivitäten zur Umsetzung von Resolution 1325 (All-Party Parliamentary Group for the Prevention of Sexual Violence in Conflict Initiative) aus.
- U.a. anlässlich des Int. Frauentages erfolgte ein Austausch mit Joanna Roper, UK Special Envoy for Gender Equality.
- Die ÖB nahm aktiv am informellen Netzwerk „International Women in Diplomacy Leadership Group“ teil.
- Die Thematik wurde im Rahmen des Netzwerkes der Auslandsösterreicherinnen und -österreicher, u.a. mit Fokus auf Sichtbarkeit von Frauen in Entscheidungspositionen, aufgebracht. Die ÖB London war am 23. Jänner Gastgeber der „Female Leadership Series“ des „Austrian Club London“ zum Thema: „Success & Challenges in Male-Dominated Industries“.

KF London

- Im Jänner zeigte die Gruppenausstellung von in Österreich und Großbritannien lebenden Künstlerinnen feministische Errungenschaften vom Beginn der Frauenbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts bis heute; gleichzeitig wurde die aktuelle Situation von Frauen und Frauenrechten hinterfragt. Die Ausstellung machte deutlich, dass Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen auch in den westlichen Gesellschaften noch immer nicht erreicht sind und frauenbezogene Anliegen nach wie vor Gültigkeit und Notwendigkeit haben. Die Ausstellung wurde von Projekten lokaler Frauen-Netzwerke begleitet, u.a. „Pillowtalk“, einem Buchklub, der Frauenliteratur und -themen diskutiert.
- Im Jänner wurde auf Initiative der australischen Theatermacherin Gail Wiltshire, die zu Ilse Aichinger publiziert, ein internationales akademisches Symposium über die künstlerische, historische und akademische Relevanz der österreichischen Nachkriegsautorin Ilse Aichinger und ihrer Zwillingsschwester Helga Michie, die vor allem in der bildenden Kunst ihre Ausdrucksform gefunden hat, unter dem Titel: „Between Departure and Arrival: Re-Assessing the Work of Ilse Aichinger and Helga Michie“

abgehalten. An der Konferenz nahmen internationale Expertinnen und Experten aus 15 Staaten teil. Über drei Tage lang beleuchteten internationale Akademikerinnen und Akademiker sowie Expertinnen und Experten in Vorträgen und Diskussionen sowohl die Werke der Schwestern als auch ihre Lebenswege und das Verhältnis zueinander.

ÖB Luxemburg

- Anlässlich des Int. Weltfrauentags am 8. März fand eine „Tricky-Women“-Vorführung im Rahmen des „Luxembourg City Film Festival“ mit anschließender Podiumsdiskussion unter Teilnahme der Regisseurinnen Eni Brandner und Anna Vasof statt.
- Am 24. November fand eine Vorführung des Films „Die Dohnal“ in den Rotondes im Rahmen der Reihe „Queer lox“ statt.

ÖB Madrid

- Die ÖB Madrid schlug im Rahmen der UPR-Überprüfung von Spanien am 22. Jänner die Berücksichtigung auch von frauenspezifischen Themen vor, insb. den Zugang zu sofortigen Rechtsmitteln und Schutzmaßnahmen für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt; systematische Konsultationen mit Zivilgesellschaft, einschließlich Frauenorganisationen, zu geschlechtsspezifischen Fragen während des Gesetzgebungsprozesses.
- Das KF Madrid unterstützte ein frauenrechtsspezifisches Online-Projekt von EUNIC anlässlich des Tages der Schriftstellerinnen am 19. Oktober durch die Produktion eines Videos, das sich mit dem Werk „Einmal muss ich über weiches Gras gelaufen sein“ der österreichischen Schriftstellerin und Literaturpreisträgerin Carolina Schutti auseinandersetzt.

ÖB Manila

- Die ÖB Manila steht im Rahmen ihrer Aktivitäten im ständigen Kontakt mit NGOs, die sich im Interesse besonders schutzbedürftiger Frauen und Mädchen in den Bereichen Frauen- und Mädchenrechte, Menschenhandel, Pornographie, häuslicher Gewalt, internally displaced persons (IDPs), geistiger Gesundheit, usw. aktiv engagieren.
- Die österreichische Botschafterin wurde Anfang des Jahres von der EU-Delegation und den EU-MS zur ersten „EU Gender Champion 2020“ in den Philippinen ernannt. In enger Zusammenarbeit mit der „EU Gender Focal Group“ und diversen mit Frauenagenden befassten lokalen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren koordinierte und organisierte sie im Laufe des Jahres zahlreiche Aktivitäten im Einklang mit den Zielen des Gender Action Plans II (GAP II)

und der österreichischen Menschenrechtspolitik zur Förderung von Geschlechtergleichheit, Frauenrechten und Frauen-Empowerment auf den Philippinen.

- Die ÖB Manila beteiligte sich anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März an der Organisation des „International Women’s Day Summit 2020“. Mit über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und Vertreterinnen und Vertretern aus dem öffentlichen und privaten Sektor, dem Bildungssektor, der Zivilgesellschaft und IOs war die Konferenz auch 2020 zahlenmäßig die größte und medienwirksamste Veranstaltung zum Frauentag auf den Philippinen. Unter dem Motto „Women in the Next Decade“ wurde das Event mit einer Rede der österreichischen Botschafterin – sowohl in ihrer Eigenschaft als Botschafterin, als auch erste „EU Gender Champion 2020“ in den Philippinen - gemeinsam mit der philippinischen Vizepräsidentin als Keynote-Speakerin eröffnet. Die Veranstaltung bot eine wichtige Gelegenheit, neben dem EU Gender Action Plan die österreichischen Schwerpunkte im VN-MRR und die Aktivitäten der ÖB Manila im Jahr 2020 zur Förderung der Frauenrechte auf den Philippinen vorzustellen.
- Im Vorfeld des Internationalen Frauentages richtete die österreichische Botschafterin zur Präsentation der Ziele der EU GAP und der österreichischen Menschenrechtsagenda einen öffentlichkeitswirksamen Empfang in der österreichischen Residenz mit Vertreterinnen und Vertretern der philippinischen Regierung, Parlamentariern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Botschaften und IOs, NGOs, Bildungseinrichtungen und den Medien aus.
- Diverse von der ÖB Manila organisierte Webdiskussionen setzten sich mit der COVID-19-Pandemie und deren gesellschaftlichen Folgen auseinander. In generationenübergreifenden, intersektionalen Foren wurden die neuen Herausforderungen für unterschiedliche soziale (Rand-)Gruppen mit besonderem Fokus auf Frauen und Mädchen erörtert und integrative, geschlechtsspezifische Lösungsansätze auf der Suche nach einer „neuen Normalität“ diskutiert.
- Die ÖB Manila setzte ihre Aktivitäten zur Förderung von Frauenrechten und Geschlechtergleichheit mit dem von ihr konzipierten Projekt „Leadership Excellence Award for Girls“ fort. Dabei wurden sechs Preisträgerinnen von insgesamt 400 Bewerbungen von der österreichischen Botschafterin für ihre herausragende Freiwilligen-, Bildungs- und Advocacy-Arbeit insb. während der COVID-19-Pandemie ausgezeichnet. Die philippinische Bildungsministerin Briones nannte in ihrer Eröffnungsrede die von der Botschaft ins Leben gerufene Initiative als einzigartig und appellierte an andere Institutionen und Organisationen, dem „beispielhaften“ Engagement der Botschaft für Geschlechtergleichheit und Women’s Empowerment in den Philippinen zu folgen.

- Die österreichische Botschafterin nahm in ihrer Eigenschaft als Botschafterin und „EU Gender Champion 2020“ als Keynote-Speakerin an diversen von der EU-Delegation gemeinsam mit UN WOMEN und „WeEmpowerAsia Philippines“ organisierten Veranstaltungen zur Förderung der Women’s Empowerment Principles (WEPs) teil. Zu diesen medial wirksamen Events mit der Teilnahme des privaten und öffentlichen Sektors sowie Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft gehörten u.a. die „Bell-Ringing Ceremony“ an der philippinischen Börse, die erste virtuelle Preisverleihungszeremonie der „UN WOMEN Asia Pacific WEPs Awards“ sowie WEP-Konferenzen in Kooperation mit ausländischen Wirtschafts- und Handelskammern in den Philippinen.
- Die ÖB Manila organisierte zwei sehr erfolgreiche Webinare zum Thema Medienfreiheit und Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten, die sich im Einklang mit den Schwerpunkten der österreichischen Menschenrechtspolitik mit den Themen Gewalt gegen Frauen und dem Schutz von Journalistinnen und Journalisten auseinandersetzten. Die virtuellen Konferenzen wurden in Kooperation mit United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) und den lokalen Medien ausgerichtet und erfreuten sich insgesamt ca 8000 Zuschaltungen von Journalisten, Studierenden und Lehrenden. Mit Fokus auf „Best-Practices“ und der Sensibilisierung diverser gesellschaftlicher Akteure stellten die Webinare auch eine wichtige Gelegenheit zur Präsentation österreichischer Bemühungen auf nationaler und internationaler Ebene zur Bekämpfung dieses globalen Phänomens dar.
- Die ÖB Manila nahm mit dem Dokumentarfilm „Sie ist der andere Blick“ von Christina Peschorn (2018) zum Thema Frauenrechte, Women’s Empowerment und Geschlechtergleichheit am „Cine Europa Filmfestival 2020“ in den Philippinen teil.
- Die österreichische Botschafterin traf sich im September des Jahres mit der Exekutivdirektorin und Vorsitzenden der „Philippine Commission on Women“ (PCW), der führenden philippinischen Regierungsagentur für die Förderung und den Schutz von Frauenrechten, um gemeinsam bilaterale Projekte rund um Schwerpunktthemen der österreichischen Außen- und Frauenrechtspolitik für die kommenden Jahre zu konzipieren.
- Im Rahmen des „Intercultural Achievement Awards 2020“ wurde das bilaterale österreichisch-philippinische Projekt „An Austria-Philippines Intercultural Collaboration - Smile at a Common“ der österreichischen Künstlerin Katharina Kapsamer und des philippinischen Künstlers Ralph Eya mit dem erstplatzierten Anerkennungspreis in der Kategorie „Innovation“ ausgezeichnet.

- Zur Förderung der Wissenschaftsdiplomatie lud die ÖB Manila eine österreichische Expertin von VAMED-KMB im Bereich Entsorgung infektiöser Abfälle zur Teilnahme an einem von United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) Philippinen im Juli organisierten wissenschaftlichen Webinar zum Thema „Infectious Waste Management“ ein. Dabei wurden die neuesten österreichischen Technologien zur Behandlung und Entsorgung infektiöser biomedizinischer Abfälle zahlreichen Experinnen und Experten aus dem philippinischen Gesundheits- und Umweltsektor vorgestellt.
- Die ÖB Manila veröffentlichte über das gesamte Jahr hindurch Einträge aus Social-Media Kanälen zu den Themen Diversität, Inklusion, Gleichberechtigung und der Selbstermächtigung von Frauen in den Sozialen Medien.

ÖB Mexiko

- Frauenspezifische Themen werden regelmäßig im Verbund mit anderen EU-MS und der EU-Delegation in Mexiko thematisiert. Die Botschaft hält darüber hinaus im Rahmen ihrer Tätigkeiten Kontakt zu Frauenaktivistinnen, Journalistinnen, NGOs, Künstlerinnen sowie weiblichen Regierungs- und Parlamentsmitgliedern. Ferner beteiligt sie sich regelmäßig an Initiativen und Koordinierungstreffen der EU-Delegationen im Amtsbereich (EU-Spotlight Initiative) sowie der Ad hoc-Menschenrechtsgruppe in Mexiko in diesem Bereich. Vertreterinnen und Vertreter der Botschaft nehmen regelmäßig an Konferenzen und Sitzungen zu genderspezifischen Themen teil.
- Die Botschaft ist Mitglied bzw. Co-Vorsitzende der EU-Menschenrechtsarbeitsgruppen „Torture, (enforced) Disappearances, Transparency, Corruption and Impunity“ und „Freedom of the Press and Expression, Human Rights Defenders and Journalists“. Im Rahmen der virtuellen Treffen dieser Gruppen wurden in zehn Sitzungen frauenspezifische Themen mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft thematisiert.
- Im Rahmen der Süd-Nord Botschaftsprojekte unterstützte die Botschaft im Berichtszeitraum die NGO „Peace Brigades International México“ im Rahmen des Projektes „Stärkung von Menschenrechtsverteidigerinnen und –verteidigern in den Staaten Chihuahua und Coahuila“. Das Projekt zielt darauf ab, fünf gefährdeten zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Bundesstaaten Chihuahua und Coahuila durch internationale Begleitung von MRV Unterstützung, Schutz und Visibilität zu bieten. Direkt unterstützt werden 70 MRV, davon mehr als die Hälfte Frauen. Die Förder-summe beträgt 7.500 EUR.
- Für UPR-Überprüfung Honduras im VN-MRR im November setzte sich die Botschaft für eine österreichische Empfehlung hinsichtlich der Ratifizierung des Zusatzprotokolls der VN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), um den Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen zu gewährleisten, ein.

- In El Salvador implementiert die ADA seit 1. Jänner 2019 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2022 das Projekt „Jugend und Frauen in El Salvador“ mit dem Ziel einer Reduzierung der sozialen Verletzlichkeit und Gewalt in den zentralen und östlichen Regionen des Landes. Projektträger ist Horizont 3000, die Fördersumme beträgt 158.300 EUR:
- In Nicaragua implementiert die ADA seit 1. Jänner 2018 mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2020 gemeinsam mit dem Vertragspartner MIRIAM das Projekt: „Stärkung der Gendergerechtigkeit, Förderung und Durchsetzung der Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen“. Ziel des Projekts ist die Förderung und Durchsetzung der Rechte vor allem von Frauen, aber auch Kindern und Jugendlichen auf ein Leben in Würde mit Bildung und ohne Gewalt in ländlichen Gemeinden in Nicaragua. Die Fördersumme beträgt 65.400 EUR.
- Ein weiteres von der ADA seit 1. Jänner 2019 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2021 implementiertes Projekt in Nicaragua zielt auf die Stärkung der technisch-produktiven und organisatorischen, innovativen Kapazitäten junger Bäuerinnen des „Corredor Seco“ zur Gründung von landwirtschaftlichen Kleinunternehmungen ab. Projektträger ist Horizont3000, die Fördersumme beträgt 49.400 EUR.
- In Guatemala implementiert die ADA seit 1. Jänner 2018 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2021 das Projekt „Stärkung der Zivilgesellschaft für indigene Landrechte am Lago Atitlán“, Vertragspartner sind Horizont3000 und „Comite Campesino Del Altiplano“. Die Fördersumme beträgt 41.100 EUR. Projektziel ist die Stärkung der Führungskapazitäten vor allem von Frauen, aber auch von Jugendlichen (neue Führungsrollen) sowie der Gemeindeältesten zur Verteidigung ihrer Rechte in der Region Cuenca Sur am Lago Atitlán.
- Ein weiteres von der ADA unterstütztes Projekt in Guatemala zielt auf die geschlechterfokussierte Stärkung von Kapazitäten zur effektiven juristischen Verteidigung, Begleitung und Schutz von kriminalisierten MRV in Guatemala ab. Direkt unterstützt werden 14 offene juristische Fälle von MRV, davon acht Frauen. Projektträger ist Horizont3000, die Fördersumme beträgt 48.000 EUR.

ÖB Moskau

- Die Botschaft bringt das Thema Frauenrechte im Rahmen bilateraler und multilateraler Treffen regelmäßig auf und beteiligt sich regelmäßig an Koordinierungstreffen der EU-Delegation vor Ort im Bereich Menschenrechte. Die Botschaft verfolgt die Situation von Frauenrechten im Empfangsstaat laufend, insb. hinsichtlich Entwicklungen und Gesetzgebung zum Thema häusliche Gewalt. Die Botschaft ist außerdem bestrebt, das Thema Frauenrechte auch auf den Social-Media-Kanälen der Botschaft zu beleuchten.

- Die Botschaft nominierte mit Unterstützung von Irina Scherbakowa, Vorstandsmitglied von „Memorial International“ und Mitherausgeberin des russischen Originals des Buches „Für immer gezeichnet: Die Geschichte der ‚Ostarbeiter‘“ das Projekt der MR-Organisation „Memorial International“ mit dem Titel „Die Digitalisierung der Sammlung zur Geschichte der Zwangsarbeit als Bildungsprojekt“ für den Hans Maršálek Preis 2021.
- Am 4. Februar wurde in der Botschaft das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an Sofya Trotsenko überreicht, die eine der wichtigsten Unterstützerinnen zeitgenössischen Kunstschaffens in Russland ist.

KF Moskau

- Das Projekt „Finding Motherland“ von Franziska Kreiß fand als Teil der Ausstellung „Na rajone“ (Jenseits des Zentrums) von 6. Bis 22.März im Kulturzentrum ZIL in Moskau statt. Von Franziska Kreiß wurden im Februar acht Moskauer Frauen zu den Lebensgeschichten ihrer Mütter interviewt und portraitiert, wodurch das bereits in Wien bekannte Projekt „Finding Motherland“ erweitert wurde. Die Moskauer Portraits haben auch in Österreich Medien-Echo ausgelöst.
- Die Michele Pagels Ausstellung „Pollys Cracker“, die im Oktober 2019 und dem Thema häusliche Gewalt gewidmet war, ist Teil des 2020 erschienenen Sammelbandes zum Projekt „Na rajone“. Die Wohnungsausstellung wurde von einer russischen Hilfsorganisation für Gewaltopfer „TyNeOdna“ („Du bist nicht allein“) unterstützt, deren Mitgründerin Aljona Popowa und ihre Partnerin Aleksandra Mitroschina viele junge Leute sowohl zum Besuch der Ausstellung selbst als auch online in den Sozialen Netzwerken zur Problematik heranziehen könnten. „Polly Cracker“ mit ihren Installationen, die an verkrüppelte Zimmerpflanzen, geschlagene Orangen im Einkaufsnetz, Ziegelsteine in Form von Joystick und Fernbedienung etc. erinnern, hat ein großes Interesse hervorgerufen und ein Medien-Echo ausgelöst.
- Die im Rahmen einer gemeinsamen Wohltätigkeitsaktion der österreichischen, deutschen und schweizerischen Botschaft gesammelten Spenden wurden im Mai an das Krisenzentrum für von Gewalt betroffenen Frauen „Kitesch“ bzw. an die Frauenrechts-NGO „ANNA“ übergeben. Weiters übergab der österreichische Botschafter im Rahmen einer Weihnachtsaktion Spenden an das SOS-Kinderdorf Tomilino.

ÖB Nairobi

- Im Rahmen eines Süd-Nord Botschaftsprojekts unterstützte die Botschaft „The Nest Children’s Home Charitable Trust“, ein Sozialzentrum für haftentlassene Mütter und ihre Kinder bzw. für Teenagermütter im Zeugenschutzprogramm.
- Der österreichische Botschafter unterstützte einen Workshop der NGO „Women and Youth Health Education Program“, die sich gegen die Praxis von FGM einsetzt. Der Missionschef tauschte sich regelmäßig mit weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen und Aktivistinnen und –aktivisten zu weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) und anderen Themen aus.
- Anlässlich des Internationalen Tags gegen FGM schloss sich die Botschaft einer gemeinsamen Presseaussendung der EU-Delegation in Somalia sowie der in Somalia akkreditierten EU-Botschaften an.
- Die Botschaft beteiligte sich regelmäßig an EU-Koordinierungstreffen zu Menschenrechtsfragen in Kenia und Somalia.

ÖB New Delhi

Indien

- Im Zuge eines Nord-Süd-Botschaftsprojektes wurde eine Mädchentoilette an der „John Martyn Memorial School“ in Dehradun, Uttarakhand gebaut. Die „John Martyn Memorial School“ bietet Unterricht für Volksschülerinnen und Volksschüler aus benachteiligten Familien in Dehradun und Umgebung, hatte jedoch lange Zeit keine eigenen Sanitäranlagen für Mädchen. Die im Zuge des Projekts errichtete Toilettenanlage trägt wesentlich zur persönlichen Hygiene und Gesundheit der Mädchen bei, vermindert das Risiko von Krankheiten und stärkt auf diese Weise die Stellung der Mädchen aus benachteiligten Familien.
- Das Süd-Nord-Botschaftsprojekt „A Child Labour Free Neighbourhood Through Education and Community Participation“ wurde umgesetzt. Durch das Projekt werden in Guwahati, der Hauptstadt von Assam, Nachhilfezentren für Slumkinder ausgestattet, sodass die Kinder einerseits in den regulären Schulbetrieb eingegliedert werden können und andererseits – sofern sie sich in der Schule befinden – den Anschluss nicht verlieren und in der Schule verbleiben können. Vor allem Mädchen müssen häufig die Schule verlassen und werden zu Hausarbeit verpflichtet; das Projekt soll u.a. auch diesem Phänomen entgegenwirken.

Bhutan

- Das von der ADA finanzierte Justizsektorprogramm wurde über das gesamte Jahr mit dem Thema „Kampf gegen Gewalt gegen Frauen“ als Querschnittsmaterie durch das Kooperationsbüro (Kobü) Thimphu weitergeführt. U.a. wurde ein forensisches Labor eingerichtet und der gleiche Zugang zur Justiz erleichtert.
- Spezieller Outreach wurde zu weiblichem Gesundheitspersonal im Zuge der Unterstützung Bhutans bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie durch das Kobü Thimphu betrieben.
- Der EU-Gender Action Plan II wurde aktiv unterstützt, beispielsweise im Zuge von Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgerinnen und –trägern oder bei Lenkungsausschüssen für Projekte. Nachdem das Kobü Thimphu die einzige Vertretung eines EU-MS in Bhutan ist, kommt dieser Unterstützung bei der Umsetzung des EU Gender Action Plan II besondere Bedeutung zu.

KF New York

Förderung der effektiven Mitsprache und Mitwirkung von Frauen
in demokratiepolitischen Fragen:

- Im Rahmen der Partnerschaft des KF New York mit „New York Philharmonic“ wurde eine ganzjährige Veranstaltungsserie „Project-19“ zum 100-Jahr-Jubiläum des „19th Amendment“ präsentiert (Einführung des Frauenwahlrechts in den USA): „Project 19 was born of the conviction that an orchestra can participate in conversations about social imperatives and even change the status quo“. Auftragskompositionen von 19 Komponistinnen und Begleitveranstaltungen, dabei vom KF New York unterstützte Einzelveranstaltungen:
 - Kompositionsauftrag an Olga Neuwirth im Rahmen der „Project-19“ -Serie, das Stück wird 2021 uraufgeführt werden.
 - Lincoln Center, NYC, 5. bis 22. Februar: Nives Widauer: „The Special Case of Steffy Goldner“. Ausstellung über das erste weibliche Mitglied des New York Philharmonic Orchestra, die aus Wien stammende Harfinistin Steffy Goldner (1896-1962).
 - KF New York, 19. Februar 2020: Podiumsdiskussion „The Special Case of Steffy Goldner. The New York Philharmonic’s First Woman“ mit Nives Widauer (Künstlerin, Wien), Gabryel Smith (New York Philharmonic) und Anna Mikaela Ekstrand (Kuratorin).

Durchführung regelmäßiger Veranstaltungen zu Frauenthemen:

- 22. und 23. Februar, New York City: „Apollon“- Performance von Florentina Holzinger, NYU Skirball. „Five women tackle the neoliberalist cult of the body...“
- 24. bis 29. März, Ann Arbor: „Her*Hands and His Shape“-Online Screening-Performance beim Ann Arbor Film Festival über die politische Instrumentalisierung von Frauen von Masha Godovannaya und Silvia das Fadas.
- 20. bis 26. Juli, New York City: „Poly-Flexion, A Re-performance of Feminine Diagonals- Online Performance von Naima Mazic beim Living Away Fest.
- 5. bis 22. November, St. Louis: „The Birthmark“. US (Online) Film premiere einer Dokumentation beim St. Louis International Film Festival von Bernhard Hetzenauer und Pia Ilonka Schenk über ein ungeklärtes Gewaltverbrechen an Victoria Sala in Mexiko City.

ÖB Ottawa

- Vom 14. Februar bis 13. März wurde an der Bishop's University in Sherbrooke (Québec) die Wanderausstellung der Auslandskultur „KALLIOPE Austria: Women in Society, Culture and Science“ gezeigt.
- Vom 1. bis 30. November wurde aus Bettina Rossbachers Video-Programmreihe „Herausragende Frauen aus Österreich“ die Lesung „Lina Loos. Eine Begegnung“ gezeigt.
- Darüber hinaus waren dreizehn der insgesamt fünfzehn aus Kulturkredit der Botschaft unterstützten Personen weiblich; drei von insgesamt drei aus dem NASOM-Förderprogramm mit Mitteln des ho. Kulturkredits finanzierte Konzerte wurden von Frauenensembles gespielt.

ÖV UNESCO (Paris)

- Die ÖV UNESCO nahm aktiv an den Diskussionen im Rahmen der UNESCO und der einschlägigen Freundesgruppe zur Verhütung von gewalttätigem Extremismus und zu interkulturellem Dialog teil und sprach sich für die volle Einbindung von Frauen in diese Prozesse aus. In diesem Zusammenhang unterstützt die ÖV UNESCO weiterhin die Beteiligung der österreichischen NGO „Women Without Borders“, die mittlerweile offiziellen NGO-Partnerstatus der UNESCO erhielt, in Projekten und Konferenzen der UNESCO, die mit ihren „Mother Schools“ mittels eines „bottom-up“ Prozesses die Partizipation und Ermächtigung von Frauen in Deradikalisierungs- und Friedensprozessen fördert.

- Die ÖV UNESCO unterstützte den Gender-Schwerpunkt der UNESCO, der sich durch alle Sektoren und Aktivitäten der UNESCO zieht - von der stärkeren Einbindung von Frauen in Bildung, Wissenschaft, Kultur/Kreativwirtschaft, Medien, Information und Kommunikation, zur Sicherheit von Journalistinnen und sozialen Transformationsprozessen wie etwa die ethischen Fragestellungen zu Künstlicher Intelligenz, einschließlich der Umsetzung von Gleichstellungspolitiken für die Förderung von inklusiven und nachhaltigen Gesellschaften im Sinne der Agenda 2030 der VN. Die ÖV UNESCO unterstützte politisch im Rahmen der Freundesgruppe und darüber hinaus die Arbeit der UNESCO im Bereich der Bekämpfung von Online-Gewalt gegen Journalistinnen, wo die UNESCO an einer weltweiten Studie samt Empfehlungen arbeitet.

KF Paris

- Das KF Paris gab die Erstellung französischer Untertitel für sechs schreibART ONLINE Lesungen der Österreichischen Gesellschaft für Literatur in Auftrag, wobei alle sechs Beiträge von österreichischen Autorinnen stammten.
- Unterstützung der Produktion „Big Sisters“ mit feministischen Leitmotiven im Theater Nanterre-Amandiers mit der österreichischen Tänzerin/Künstlerin Mimi Wascher
- Unterstützung der in Frankreich renommierten österreichischen Künstlerin Susanna Fritscher im Rahmen der Installation „Frémissements“ zum 10-jährigen Bestehen des Centre Pompidou-Metz.

ÖB Podgorica

- Die ÖB nahm an mehreren OSZE-Briefings zur Umsetzung der ODIHR/OSZE Wahlempfehlungen zu Montenegro teil. Eine der zentralen und noch nicht umgesetzten Empfehlungen ist die Erhöhung des Frauenanteils in politischen Funktionen.
- Die ÖB nahm an der Plenarsitzung des montenegrinischen Parlaments anlässlich der Präsentation des Berichts zur Umsetzung des Gesetzes über die Gleichstellung der Geschlechter am 9. März teil.
- Die ÖB unterstützte ein Projekt von „Women without Borders - Mothers School-Parenting for Peace“ am Westbalkan im März durch Empfehlungen und Vermittlung zahlreicher Kontakte.
- Die ÖB organisierte gemeinsam mit dem lokalen United Nations Development Programme (UNDP)-Büro am 27. November eine Pressekonferenz zur Präsentation der „Gender Equality Map“. Das von der ADA mitfinanzierte Projekt „Gender Equality Map“ bietet einen Überblick und umfassendes Datenmaterial zur Situation in Montenegro und richtet sich insb. an Politik, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und die

Wissenschaft. Die österreichische Botschafterin hatte Gelegenheit, bei der Pressekonferenz Daten zum Thema „COVID-19 und Gewalt gegen Frauen“ zu präsentieren, die Prioritäten der ADA im Hinblick auf Frauenrechte vorzustellen und schließlich auch auf das Thema Medienfreiheit/Sicherheit von Journalisten-Verantwortung der Medien in Hinblick auf Gleichstellung der Geschlechter einzugehen.

ÖB Prag

- Die österreichische Botschafterin führte am 4. November ein Gespräch mit Vize-Außenministerin Michaela Marksová Tominová zum Thema Frauen in der Diplomatie.
- Die österreichische Botschafterin nimmt regelmäßig am lokalen Netzwerk von Botschafterinnen, das in Prag von Kanada koordiniert wird, teil.

ÖB Pressburg

- Zur Unterstützung von Frauen und Kindern als Opfer häuslicher Gewalt erfolgte in enger Absprache mit der slowakischen Präsidentschaftskanzlei die Auswahl von drei Frauenhäusern bzw. Kriseninterventionszentren in Bratislava für die alternative Nationalfeiertagsaktion der Botschaft. Dieser Fokus, gerade in COVID-19-Zeiten, wurde von den in der Slowakei äußerst positiv aufgenommen.
- Im Frühjahr präsentierte das KF die Ausstellung „Celebrations Now“ der österreichischen Künstlerin Margot Pilz (geb. 1936), die als Künstlerin der feministischen Avantgarde sowie Pionierin der österreichischen Medienkunst und der performativen Photographie gilt. Auch bei Lesungen und Konzerten wurde wieder besonderes Augenmerk auf Künstlerinnen bzw. genderspezifische Themen gelegt.
- Das Netzwerk engagierter Botschafterinnen mit sehr kompetenten und engagierten Akteurinnen in Schlüsselfunktionen des öffentlichen Lebens - neben der Staatspräsidentin u.a. die Justizministerin, die Ombudsfrau für Menschenrechte, die Staatssekretärin im Außenministerium, die Vizepräsidentin des OGH, sowie NGO- und Medienvertreterinnen - zeigte einmal mehr die Notwendigkeit von Leitfiguren und gezielten Programmen zur Selbstermächtigung von Frauen und Mädchen und zur Thematisierung von Tabus wie häuslicher Gewalt und Diskriminierung der Roma auf.

ÖB Pristina

- Frauenspezifische Themenstellungen werden in enger Abstimmung mit dem lokalen Kobü betreut.
- Bei Kulturveranstaltungen der Botschaft wird die Gender-Balance berücksichtigt. Bei jenen Kulturveranstaltungen, die die Botschaft 2020 umsetzen konnte, kamen vermehrt Künstlerinnen zum Zug.

- Der österreichische Botschafter nahm am 28. Jänner am Roundtable von UNICEF zum „Multiple Indicator Cluster Survey“ (MICS) teil. MICS bietet eine wichtige Datengrundlage für weitere Maßnahmen, auch in Bezug auf die WPS-Agenden.
- Am 19. Mai erfolgte eine virtuelle Teilnahme Veranstaltung zum ADA-Projekt „Promoting Inclusive Labour Market Solutions in the Western Balkans“ (ILMS II).
- Am 27. Oktober erfolgte der online Launch des ADA-Projekts, gemeinsam mit der NGO Women4Women, „I-SEE – Improved Self-Employment and Employment Opportunities for Women“.
- Am 2. Dezember erfolgte der online Launch des ADA-Projekts, gemeinsam mit UNFPA: „Expanding Choices: Gender-Responsive Family Policies for the Private Sector in the Western Balkans and Moldova“.
- Am 14. Dezember erfolgte das Online Event im Rahmen des ADA-Projektes „ALLED2“ (Aligning Education for Employment): „Launching of the Labour Market Barometer“

ÖB Rabat

- Die Wanderausstellung „Kalliope“ konnte digital über die Webseite der ÖB Rabat ausgestellt werden.

Österreichisches Vertretungsbüro (VB) Ramallah

- Im Kontext der Projekte bzw. Programmentwicklungen der OEZA hat das VB Ramallah aufgrund der Schwerpunktsetzung im Bereich der Frauenförderung laufend Kontakt mit den verschiedensten Akteuren zur Umsetzung von Resolution 1325.
- Auf Anregung des „Women’s Ambassadors Netzwerk“ gibt es nun bei jeder Feldmission der Missionschefinnen und –chefs Treffen mit Frauenorganisationen.
- Im Rahmen der COVID-19-Krisenbewältigung durch die VN hat das VB Ramallah Gender Mainstreaming und diesbezügliche Briefings und Berichterstattung seitens der VN über deren Umsetzung angeregt.
- Das VB Ramallah unterstützte eine lokale Jugendorganisation, die sich für Konfliktprävention und Frieden einsetzt, im Aufbau eines Gemeindezentrums in Nablus, deren Veranstaltungsgarten auf Vorschlag des VB Ramallahs „Bertha von Suttner“ benannt wird.

- Das VB Ramallah beteiligte sich am Webinar „Women Peacebuilders and First Responders Define Priorities for Gender- Responsive Peacebuilding and COVID-19 Recovery in 2020 + Beyond.“ Amal Tarazi, die Direktorin der „Young Women’s Christian Association from Palestine“ hat als Teilnehmerin am Panel palästinensische Erfahrung als Friedensaktivistin und aus Frauenperspektive vorgestellt.
- Im Rahmen des ADA finanzierten APPEAR“-Programmes zum Aufbau eines „Gender Institutes“ an der „Islamic University in Gaza“ hat die Vertreterin des VB Ramallah eine internationale Konferenz zur Stärkung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb gemeinsam mit der palästinensischen Ministerin für Frauenangelegenheiten durch einen Redebeitrag eröffnet.
- Das VB Ramallah ist aktives Mitglied der EU Gender Working Group. In allen EU-Geber Foren werden vom VB Ramallah vor allem frauenspezifische Themen eingebracht, insb. der politische Dialog über die Verabschiedung des „Family Protection laws“. Weiters erfolgte eine aktive Beteiligung in der Entwicklung und Kommentierung der „EU Joint Strategy for Palestine mit Fokus auf gender mainstreaming and women empowerment“. Im Rahmen des Engagements in der Wassersektor-Arbeitsgruppe wird besonderes Augenmerk auf Gender mainstreaming durch das VB Ramallah gelegt.
- Das VB Ramallah ist aktiv im EU Women’s Ambassadors Netzwerk“, das einen Aktionsplan für Missionschefinnen und –chefs zur Förderung von Frauen und Geschlechtergleichheit annahm und vom EU-Representative Office umgesetzt wird
- Durch den Kleinprojektfond des VB Ramallah wurden mehrheitlich Frauengruppen in ihrer Arbeit mit der Gemeinde bzw. Flüchtlingslagern unterstützt. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Stärkung der Widerstandskraft von Frauen in der COVID-19-Pandemie.
- Das VB Ramallah unterstützte die Vorbereitung und strategische Ausrichtung der Kampagne unter dem Motto „Together_for_homes_free_of_violence“ im Rahmen der Gebergruppe „Gender Technical Working Group“, wobei der Fokus auf der Verabschiedung des „Family Protection Law“ sowie Umsetzung der CEDAW lag.
- Im Kontext der globalen ADA-Finanzierung des WPHF ist das VB Ramallah Mitglied des nationalen WPHF Steering Committee, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Regierungsinstitutionen sowie Zivilgesellschaft und Gebern zusammensetzt.
- Im Rahmen der OEZA-Programmierung mit Schwerpunkt Frauen und Jugendliche wurden zwei große Programme mit UNDP und CARE in der Höhe von 4,7 Millionen EUR twickelt, deren Fokus auf der Stärkung der Resilienzskraft liegt. Durch Gendertransformative Ansätze soll die Integration von Frauen und Jugendlichen in den Arbeitsmarkt erfolgen, um eine ökonomische Unabhängigkeit und Stärkung von Frauen

und Jugendlichen zu erwirken. Im Rahmen eines Programmes des United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA) hat das VB Ramallah die Evaluierung der Anwendung der UNRWA Gender-Policy in den UNRWA Gesundheitsprogrammen angeregt und finanziert.

ÖB Riyadh

- Die ÖB analysiert die Entwicklung der gesellschaftlichen Situation der Frauen bzw. der Frauenrechte in Saudi-Arabien und berichtet regelmäßig darüber.
- Die ÖB nahm am ersten von der saudischen Menschenrechtskommission veranstalteten Seminar teil.
- Die ÖB beteiligt sich aktiv an den Treffen der EU-Menschenrechtsgruppe zur Lage der Frauen in Saudi-Arabien und der weiter gefassten like-minded Gruppe.
- Bei Treffen mit saudischen Einzelpersonen und Vertretern saudischer Institutionen werden regelmäßig die Situation von Frauen und Problemfelder - beispielsweise bestehende Vorrechte der männlichen Vormundschaft – thematisiert und weitere Reformschritte angeregt.

ÖB Sarajewo

- Prävention der spezifischen, negativen Auswirkungen von (bewaffneten) Konflikten auf Frauen, insb. sexuelle Gewalt und Schutz der Bedürfnisse und Rechte von Frauen im Rahmen von Friedensoperationen und humanitären Einsätzen:
 - Das KF Sarajewo unterstützte das Theaterprojekt „In the Name of the Father“ unter der künstlerischen Leitung. Dieses behandelt ein in Bosnien-und Herzegowina (BuH) bisher kaum berührtes, hoch aktuelles Thema: Durch Kriegsvergewaltigungen gezeugte Kinder, sog. „children born of war“ (CHIBOW). Das Stück hat eine breitere Auseinandersetzung mit dem Thema angestoßen und großes Interesse der Medien erfahren. Eine Version des Stückes (mit anschl. Diskussion) wurde im SART (Theater of War) in Sarajewo im Juli gezeigt.
 - Das KF unterstützte das Anfang Oktober abgehaltene Festival klassischer Musik in Vares, in Zusammenarbeit mit EXILARTE. Die Musik widmete sich in seinem Programmteil „Women in Exile“ der Präsentation von Komponistinnen, welche Opfer des Naziregimes waren und deren Werke zum Großteil verschollen waren.
 - Die ÖB finanzierte von Mai bis September mit der Organisation „Academy for Women“ eine „e-Beratungsstelle für Frauen“ als Süd-Nord Projekt. Mit diesem

Projekt wurden 17 Frauen aus verschiedenen Ortschaften, für die die Auswirkungen des Lockdowns aufgrund von häuslicher Gewalt besonders schwer zu ertragen waren, unterstützt – durch online-Einheiten mit einer professionellen Psychotherapeutin. Insgesamt erfolgte ein sehr positives Feedback seitens der Patientinnen, die Großteils aus einem sozial benachteiligtem Umfeld kamen und sich sonst keine Psychotherapie leisten hätten können, oder diese an ihrem Wohnort nicht angeboten wurde.

- Förderung der effektiven Mitsprache und Mitwirkung von Frauen in sicherheits- und demokratiepolitischen Fragen, insb. zum Zweck der Konfliktlösung und des Aufbaus gerechterer und stabilerer Friedensordnungen.
 - Die ÖB unterstützte als Nord-Süd-Projekt eine Kampagne zur Bedeutung der Resolution 1325 anlässlich des 20. Jahrestags. Anhand von Online-Videos und Texten, die im September bzw. Oktober veröffentlicht wurden und jeweils bis zu 37.200 Personen erreichten, sowie durch ein Webinar trug diese Kampagne zur Bewusstseinsbildung und kritischen Auseinandersetzung der Bevölkerung zu diesem Thema bei und war medial sehr wirksam.
 - Regelmäßige Teilnahme der ÖB an diplomatischen Frauennetzwerktreffen und Koordinationstreffen der internationalen Gemeinschaft, bei denen u.a. auch die Frage der Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungspositionen in BuH im Fokus steht.
- Einsatz für die Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungspositionen bei internationalen und regionalen Organisationen sowie in internationalen Friedensoperationen.
 - Im Rahmen der Auswahl für die vierte Generation von bosnisch-herzegowinischen Kadettinnen und Kadetten an der Theresianischen Militärakademie waren im Berichtszeitraum unter den vier Aufgenommenen zwei Frauen - also 50 Prozent. Unter den zehn Personen, welche die Grundlagen für die Aufnahmeprüfung erbrachten, waren insgesamt drei Frauen. Letztlich schafften vier Personen die Aufnahmeprüfung, darunter eben zwei Frauen. Der Frauenanteil in den Streitkräften BuH betrug 2020 7,62 %
 - Gemeinsamer Brief mit lokalen Botschaften an Chefredakteure vor den Lokalwahlen, Kandidatinnen für Positionen von Bürgermeister*innen und Gemeinderäten gebührend Platz in den Medien zu geben. Darüber hinaus mehrfacher Aufruf in den Medien, bei den Lokalwahlen mehr Frauen in polit. Führungspositionen zu wählen.

ÖB Skopje

- Die ÖB nahm am 15. Oktober am online-Workshop „Chancengleichheit und nachhaltige Gemeinschaften, Internationaler Tag der Frauen im ländlichen Raum“ am 15. Oktober teil. Im Rahmen des Int. Frauentags wurden Herausforderungen und Chancen von Frauen im ländlichen Raum in Nordmazedonien diskutiert.
- Die OEZA und die schwedische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit (SIDA) finanzieren zu 82,51 % (ADC) bzw. 17,49 % (SIDA) das Projekt „Gender Responsive Budgeting Network im westlichen Balkan und in der Republik Moldau“. In diesem Rahmen wurde in Nordmazedonien von Juli bis Dezember eine geschlechtsspezifische Analyse unter dem Titel „Umgang mit COVID-19: Wie wirkt sich die Ausgabe öffentlicher Gelder auf die Gleichstellung der Geschlechter aus?“ durchgeführt. Das Zentrum für Forschung und Politikgestaltung aus Skopje konzentrierte sich in der Studie auf die Haushaltsmittel, die für die Umsetzung der staatlichen Maßnahmen aus dem ersten, zweiten und dritten Paket in Nordmazedonien zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie in Höhe von insgesamt 194,4 Mio. EUR bereitgestellt wurden.
- Die Analyse verwendet geschlechtsspezifische Budgetierungsinstrumente, vor allem Bewertung der geschlechtsspezifischen Begünstigten und Kostenanalyse des Gender-Budgets. Sie bietet einen detaillierten Überblick über die durch die Umsetzung der verabschiedeten Maßnahmen entstandene geschlechtsspezifische Kluft und formuliert „lessons learned“ sowie Empfehlungen, die sowohl im noch laufenden Projektzeitraum (bis 2022) als auch nach dem Ende der COVID-19-Pandemie umgesetzt werden sollen.
- Die ÖB unterstützte im Jahr 2020 das SOS-Kinderdorf von Nordmazedonien in mehrfacher Hinsicht: Der österreichische Botschafter führte gemeinsam mit der Direktorin des nationalen Kinderdorfs bei der Sozialministerin ein Gespräch, um auf die Anliegen von SOS-Kinderdorf bei der in Nordmazedonien geplanten Deinstitutionalisierung der Kindeswohlfahrt aufmerksam zu machen. Anstelle des entfallenen Nationalfeiertagsempfangs übergab der österreichische Botschafter eine Sachspende an SOS-Kinderdorf und die dort tätigen Mütter. Schließlich bewarb die Botschaft zum Internationalen Tag der Menschlichen Solidarität auch auf Homepage und Social Media ein Fund Raising unter dem Ehrenschutz der First Lady von Nordmazedonien.

ÖB Sofia

- Die österreichische Botschafterin nahm regelmäßig an Treffen der Gruppe „Women Ambassadors“, die u.a. auch die Situation der Frauen in Bulgarien besprechen und Wege zu deren Verbesserung erörtern, teil.

- Die österreichische Botschafterin ist Mitglied der „Informal Group of Ambassadors on Roma Issues“, die sich auch der Situation der Frauen bei den bulgarischen Minderheiten beschäftigt.
- Die österreichische Botschafterin nahm an der Initiative „Ambassador For a Day“, bei welcher eine junge Bulgarin im Alter zwischen 14 und 18 Jahren die Möglichkeit erhält, die Botschafterin während eines Tages bei ihrer Arbeit zu begleiten.
- Die ÖB nahm an der Konferenz „NO HATE Bulgaria: For a consolidated response toward minority protection and hate crimes' prevention in Bulgaria“, in deren Rahmen auch über häusliche Gewalt und sexuelle Diskriminierung diskutiert wurde, teil.
- Für die österreichische Stellungnahme bei der UPR-Überprüfung Bulgariens schlug die Botschaft die Thematisierung der weiteren Stärkung der Bekämpfung häuslicher Gewalt mittels Anpassung der nationalen Rechtslage als auch die Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) vor.
- Im Rahmen der Kulturarbeit der Botschaft präsentierte die Künstlerin Nilbar Güres in der Sofioter Stadtgalerie ihre Arbeit, die sich mit Themen Identität und Rolle der Frauen in der Gesellschaft, Homophobie, Transphobie und Grenzgebiete und -gruppen in der zeitgenössischen Kultur auseinandersetzt.
- Teilnahme an einer von der bulgarischen Vizepräsidentin Iliana Iotova ausgerichteten Videodiskussion mit dem diplomatischen Corps zum Thema „neu entstandene Probleme für Frauen und Kinder durch die COVID-19-Pandemie“.

ÖB Stockholm

- Aktivitäten rund um den Int. Weltfrauentag am 8. März: Die österreichische Botschafterin nahm an einem Videoevent mit Emma Watson, UN WOMEN Global Goodwill Ambassador, zum Thema: „I'm inviting you to step forward, to be seen & to ask yourself.....If not me, who? If not now, when?“ am 6. März teil.
- Die österreichische Botschafterin ist Mitglied des „Network of Women Ambassadors in Stockholm (NWAS) “. Am 28. September erfolgte ein Treffen mit Staatssekretärin Karin Wallensteen.

ÖV Strassburg

- Gender-relevante Themen werden im EuR aktiv behandelt, was ja auch der besonderen Rolle des EuR im Bereich der Menschenrechte entspricht.

- Der EuR verfügt über eine Gender Equality Strategy für 2018 bis 2023, die am 7. März 2018 verabschiedet wurde. Zuvor war bereits eine Gender Equality Strategy 2014 – 2017 in Anwendung. Ein Großteil der Expertenkomitees und Monitoring-Organen des EuR haben einen eigenen „Gender Equality Rapporteur“ eingesetzt. Weiters verfügt der EuR über eine Gender Equality Commission, in der Österreich durch Dr. Eva Fehringer vom Sozialministerium vertreten ist, die 2018 als Vorsitzende fungierte.
- Das am 1. 8. 2014 in Kraft getretene Übereinkommen des EuR zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) verfügt über einen eigenen Monitoring-Mechanismus auf Ebene von Expertinnen und Experten. Die ÖV bewirbt aktiv die Ratifizierung der Konvention durch weitere Staaten.
- Unter den gewählten Führungsfunktionen des EuR erfolgte 2019 die Wahl von Marija Pejčinović-Burić als GS des EuR, die auch durch Österreich unterstützt wurde. Die Schweizerin Liliane Maury-Pasquier übte von Juni 2018 bis Jänner 2020 das Amt der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des EuR aus. Ebenfalls durch die Parlamentarische Versammlung gewählt wird die Menschenrechtskommission des EuR. Diese Position nimmt seit April 2018 Dunja Mijatović als erste Frau ein. Das Amt der österreichischen Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wird seit 2015 durch Gabriele Kucsko-Stadlmayer ausgeübt.

ÖB Teheran

- Kulturarbeit als Mittel zur Stärkung von Frauenrechten: Bei Projekten des KF wird darauf geachtet, starke weibliche Persönlichkeiten zu porträtieren und Künstlerinnen sowie Wissenschaftlerinnen Plattformen zur Entwicklung internationaler Kontakte zu geben.
- Geschlechtsparitätische Besetzung von Panels bei Veranstaltungen: Die Botschaft und das KF achten bei Veranstaltungen darauf, Panels und Teilnehmende geschlechtsparitätisch zu besetzen.
- Gruppierungen zur Diskussion von Frauenrechten: Eine Vertreterin der ÖB gehört einer Gruppe der weiblichen Erstzugeteilten vor Ort an und organisierte in diesem Rahmen eine Diskussion zum Thema „a feminist foreign policy approach to deal with Iran“.

ÖB Tel Aviv

- Die österreichische Botschafterin nahm am 17. November an einem Knesset-Komitee zu „Status of Women and Gender Equality“ anlässlich des 20-jährigen Jubiläums von Resolution 1325 teil.
- Das Netzwerk der EU-Botschafterinnen organisiert informell Treffen und Events u.a. zu Resolution 1325, Gewalt gegen Frauen & anderen Themen);
 - Am 23. April erfolgte auf Initiative der ÖB Tel Aviv eine Vernetzung der EU-Botschafterinnen zum Thema Frauen und COVID-19;
 - Am 17. November organisierte die ÖB Tel Aviv ein Panel mit Keren Goldstein, einer Aktivistin und Künstlerin, aufbauend auf der Kunstinstallation „She’s gone“ zu Gewalt gegen Frauen;
- Die österreichische Botschafterin nahm aktiv am Netzwerk „Women in Diplomacy“ teil.
 - Am 6. Februar erfolgte die Teilnahme an einer Diskussion „Women Entrepreneurs and Innovation“;
 - Teilnahme der Botschaft am Projekt „Ambassador for a Day“: Schülerinnen aus einer „Brennpunktschule“ in Lod verbringen einen Tag in Botschaften, die von Frauen geleitet werden; Ziel ist bewusste Förderung von Frauen in Politik, öffentlicher Verwaltung; zwei Schülerinnen verbrachten einen Tag in der ÖB Tel Aviv.
- Regelmäßiger Kontakt mit israelischen NGOs, die sich spezifisch für die Ziele von Resolution 1325 einsetzen, z.B. „Women’s International Zionist Organisation“ (WIZO)
 - Besuch von Projekten der WIZO am 19. Jänner.; regelmäßiger Kontakt mit „Women Wage Peace“, „Parents Circle“ u.a.
- Gezielter Kontakt mit weiblichen Knesset-Abgeordneten.

ÖB Tirana

- Am 6. März wurde in Zusammenarbeit mit dem Austrian Institute of Excellence (AIE), anlässlich des Int. Frauentages die Fotoausstellung des Künstlerpaares Annemarie und Günther Fahrner aus Österreich eröffnet. In der Ausstellung werden überwiegend Fotos von Werken, die sich mit der Figur der Frau beschäftigen, gezeigt. Die zwei Künstlerinnen haben neben der Ausstellung auch mehrere Workshops abgehalten. Die Workshops richteten sich an Studierende und Frauen und wurden insgesamt von 10 Studentinnen und Studenten und weiteren 20 Frauen besucht.

- Am 24. September wurde die Studie der NGO „Together for Life - the overall business climate and the impact of autumn 2019 earthquakes and COVID-19 among women entrepreneurs“ vorgestellt. Diese wurde finanziert.
- Am 7. Dezember erfolgte ein Treffen gemeinsam mit der Leiterin des Kobü mit den Direktorinnen des „Albanian Women’s Empowerment Network“, Ines Leskaj, sowie Mirela Arqimandriti von der „Gender Alliance for Development Centre“, um über die Entwicklung des Projektes „Institutionalizing Quality Rehabilitation and Integration Services for Violence Survivors“ und die Situation der Frauenrechte im Allgemeinen in Albanien zu sprechen.
- Die ÖB Tirana fungierte als Hauptpartner der 15. Ausgabe des „International Human Rights Film Festivals Albania (IHRFFA) vom 15. Bis 24. September. Thematischer Schwerpunkt des Festivals waren Frauen- und Kinderrechte. Eröffnet wurde das Festival mit dem österreichischen Film „Kaviar“ von Robert Buchschwenter und Elena Tikhonova. Insgesamt wurden im Rahmen des Festivals 41 Filme, davon fünf aus Österreich, die thematisch überwiegend Frauen und Kinderrechte behandeln, gezeigt.

ÖB Warschau

- Die ÖB ist seit mehreren Jahren Mitglied der informellen Gruppe „Friends of the Congress of Women“, in deren Rahmen die in Warschau ansässigen Botschaften die größte Dachorganisation für Fraueninitiativen und -rechte in Polen – den „Frauenkongress“ – unterstützen.
- Die ÖB vermittelt im Kontakt zwischen der Stadt Warschau und dem in Wien ansässigen „FemCities-Netzwerk“, um die polnische Hauptstadt zum Beitritt zum Netzwerk zu ermutigen.

KF Warschau:

Das KF initiierte und koordinierte im Berichtszeitraum im Rahmen seines Vorsitzes im EUNIC-Cluster Warschau folgende zwei Projekte:

- „EUNIC DJane Night“ mit Susanne Kirchmayr aka Electric Indigo (Wien), Paramida (Berlin) und Nadine Adjani (Ghent) im Warschau Klub Jasna 1 anlässlich des Internationalen Frauentages;
- Internationale Konferenz „Frauen und die Herausforderungen der künftigen Dekade 2020 – 2030“, Warschau am 9. und 10. März. Zu der von EUNIC Warschau gemeinsam mit dem Internationalen Frauenforum an der Wirtschaftsuniversität Warschau durchgeführten Konferenz wurden Expertinnen aus den Bereichen Soziologie, Unternehmertum, Recht, Journalismus, Wissenschaft und Kunst aus neun europäischen

Ländern eingeladen. Die Diskussionen fanden im Rahmen von vier thematischen Panels – Arbeitsmarkt, Familienpolitik, Gleichstellungspolitik sowie Wissenschafts-/Kultursektor – statt.

ÖB Zagreb

- Am 13. November fand ein Workshop „Frauen*geschichten. sag mir wo die Frauen sind“ mit der Kulturvercode of conduct
- mittlerin und Expertin für feministische Forschung Petra Unger in Zadar statt.

